

# bayerische schule

68. JAHRGANG # 1 2015 27. FEBRUAR

D A S M A G A Z I N D E S B L L V

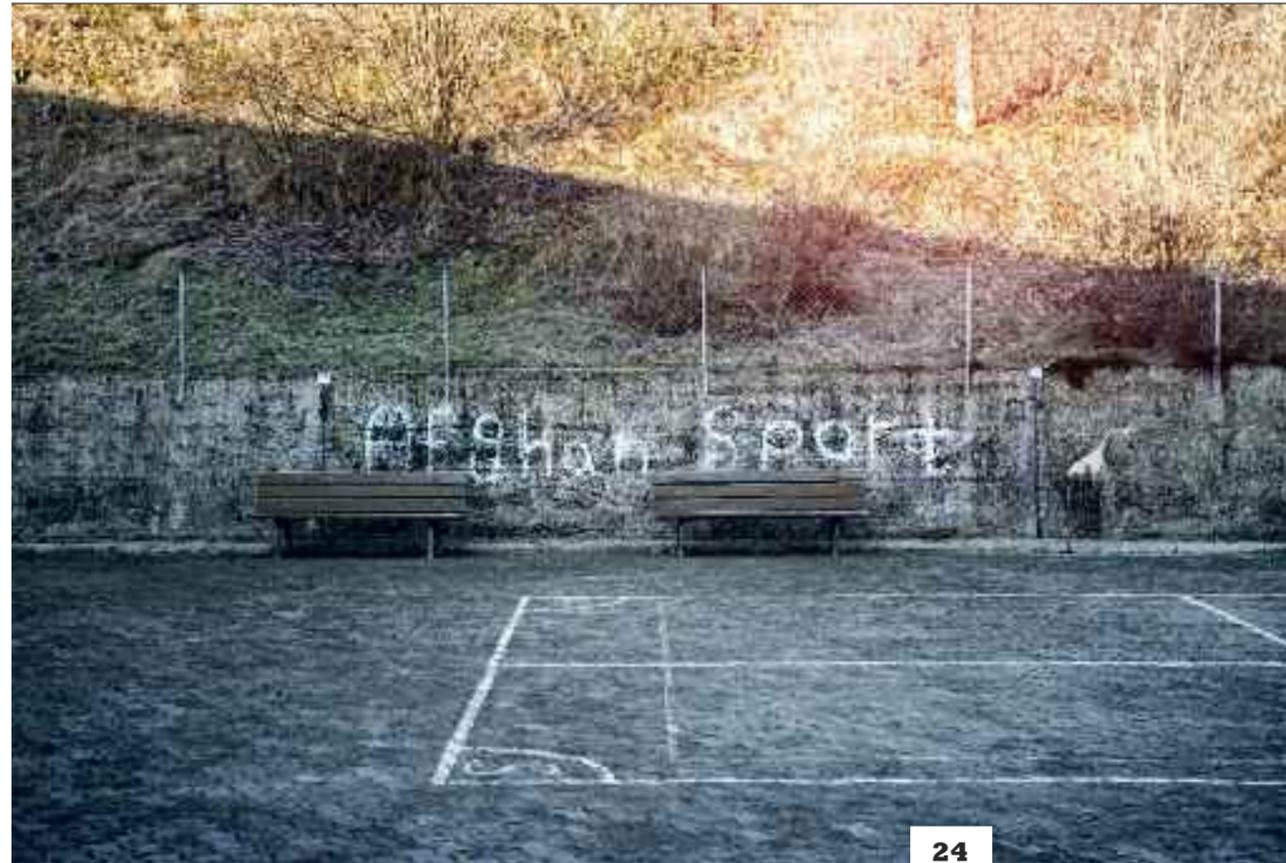


Gymnasium: Primat der Pädagogik

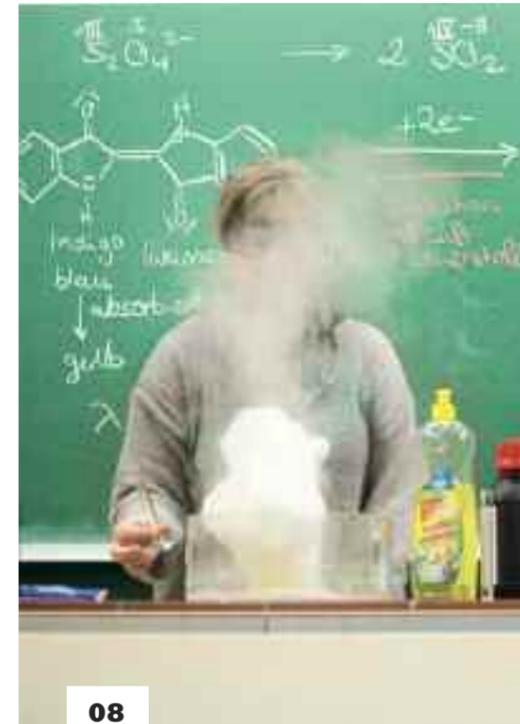
Recht: Wenn Lehrer Arzt spielen sollen

## Fremde Heimat





24



08



44



30



54

06 **Bildungsticker**

**POLITIK**

- 08 **Gymnasium** Zeit für das Primat der Pädagogik
- 12 **Gemeinschaftsschule** Vorbild Baden-Württemberg
- 14 **LEG statt Noten** Pro und Contra
- 16 **Ganztagsgrundschule** Kritik des Regierungskonzepts
- 18 **Gespräche**
- 20 **Akzente** Marketing-Gags statt Masterplan
- 22 **Landtag** Regierung revidiert Zusage für Flüchtlingshilfe

23 **Cartoon**

**THEMA**

- 24 **Reportage** Flüchtlingskinder in Regelklassen
- 30 **Essay** Homogenität als falsches Ideal
- 36 **Kommentar** Heribert Prantl über Kindergrundrechte
- 38 **Interview** Leiterin der SchlaU-Schule
- 42 **Leitartikel** Maßlose Überforderung

**SERVICE**

- 43 **Akademie** Seminarvorschau März/April
- 44 **Recht** Wenn Lehrkräfte Medikamente verabreichen
- 48 **Dienstrecht** Besserstellung von begrenzt Dienstfähigen
- 50 **Dienstrecht** Bayerisches Versorgungsrecht optimiert
- 52 **Dienstrecht** Altersdiskriminierende Besoldung
- 54 **Grenzgänger** Als fränkische Gymnasiallehrerin in Berlin
- 58 **Leserbriefe** Von Relaunch bis Ganztag
- 60 **Verband** Gesundheitsinstitut wird 10
- 67 **Impressum**

# 35.000 Menschen ...

...haben 2014 in Bayern Asyl beantragt, 2013 waren es noch 16.700. Nachdem die wenigsten Asylbewerber bei ihrer Ankunft deutsch sprechen, landen sie zuerst einmal in den Grund- und Mittelschulen. Mit 14,7 Prozent ist der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an der Mittelschule daher fast viermal so hoch wie am Gymnasium (3,8 Prozent). Neben den Bemühungen um eine gelungene Inklusion Behinderter dürfen auch die Schülerinnen und Schüler nicht vergessen werden, die oft über ein großes Begabungspotential verfügen, das sie aber nur entfalten können, wenn die sprachlichen Defizite überwunden sind.



## Unvorbereitet in die Flüchtlingskrise

Oft stehen sie ohne Anmeldung vor dem Sekretariat. Ohne Heft, ohne Mäppchen, ohne die Sprache zu können, ängstlich, traumatisiert: Flüchtlingskinder mit ihren Eltern. Viele Kinder finden sich dann doch schnell und unkompliziert bei uns ein. Doch etliche Schulen können den Ansturm nicht mehr bewältigen. Die Islamismus-Debatte, angeheizt durch „Pegida“ und die Morde von Paris haben den Flüchtlingsdiskurs überlagert. Umso wichtiger unser Appell in diesem Heftschwerpunkt: Wir brauchen mehr Sozialpädagogen, Schulpsychologen und Dolmetscher. Wir wollen helfen, und dazu brauchen wir dringend selbst Hilfe.

Was wirklich nötig ist, um mit der Situation fertig zu werden, ist an der SchlaU-Schule in München zu studieren. Die Lehrkräfte an dieser mehrfach ausgezeichneten Schule für junge Flüchtlinge sind unter anderem in Traumapädagogik ausgebildet. Anders wäre der Job oftmals kaum zu leisten, erklärt die Schulleiterin im Interview auf Seite 38. Solange der Staat wenig Unterstützung gewährt, sind kreative Methoden der akuten Hilfe gefragt. So hat der BLLV ein Projekt ins Leben gerufen, bei dem ehemalige Lehrkräfte ehrenamtlich erwachsenen Flüchtlingen helfen. Mehr dazu erfahren Sie ab S. 60 in unserer neugestalteten Rubrik mit den wichtigsten Informationen aus dem Verband.

Bereichernde Lektüre wünscht Ihnen

A handwritten signature in black ink that reads "Tomi Neckov". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Tomi Neckov, Chefredakteur

## b

bildungsticker

## Allensbach-Studie: Mehrheit der Bürger gegen Inklusion

**Berlin (dpa)** - Für Kinder mit geistiger Behinderung ist nach Ansicht der meisten Bundesbürger der Besuch einer speziellen Förderschule am besten. 71 Prozent meinten dies in einer Allensbach-Umfrage im Auftrag der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Zwei von drei Befragten haben große Zweifel, dass andere Schulen ausreichend auf die Integration dieser Kinder vorbereitet sind. Die Lebenshilfe will langfristig eine Schule für alle. Bis die Schulen darauf ausgerichtet sind, sollten Eltern aber die Wahl haben.

## Mit besserer Männerförderung gegen Fachkräftemangel

**München (dpa)** - Nach der jahrelangen Diskussion über Frauenförderung sollen nun Männer die bayerische Wirtschaft vor dem Fachkräftemangel bewahren. Von großem Potenzial, das noch nicht gehoben sei, sprach Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Vor allem jüngere Männer seien heute im Durchschnitt schlechter ausgebildet als Frauen. „Sie haben seltener Abitur, brechen häufiger ein Studium ab und verlassen öfter die Schule ohne Abschluss“, sagte Brossardt. Die Abbrecherquote in der Schulausbildung müsse halbiert, leistungsschwache Schüler müssten besser unterstützt werden. Bis 2035 könnte die bayerische Wirtschaft so rund 200.000 zusätzliche Fachkräfte gewinnen.

## Computer-Kompetenz: Bei 12- bis 13-Jährigen in Deutschland gering

**Berlin (dpa)** - Achtklässler in Deutschland liegen mit ihren Computer-Kompetenzen im internationalen Mittelfeld. Das zeigt die ICILS-Studie, die die Kenntnisse von 12- bis 13-jährigen Jugendlichen in 24 Staaten vergleicht. Und deutlich stärker als in vielen anderen Ländern sind in Deutschland die Fähigkeiten der Schüler im Umgang mit Neuen Medien von ihrer sozialen Herkunft abhängig. Deutschland, die

Schweiz und die Niederlande sind der Studie zufolge die einzigen Staaten, in denen der regelmäßige Einsatz Neuer Medien im Unterricht nicht zu verbesserten Fachkompetenzen der Schüler führt. Computer würden vor allem zur Informationsbeschaffung eingesetzt, es werde zu wenig „kompetenzorientiert und fachübergreifend gearbeitet“, kritisierte der Dortmunder Schulforscher Wilfried Bos.

## Länder unterstützen Bund: Milliarden für neue Studienplätze

**Berlin (dpa)** - Angesichts des anhaltenden Ansturms auf die Hochschulen wollen Bund und Länder mit Milliardensummen zusätzliche Plätze für alle Studienanfänger fördern. Darauf einigten sich die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern. Möglich wurde dies, weil sich die Länder zu einer Mitfinanzierung für sogenannte Drittmittelprojekte der Hochschulen bereiterklärten. Insgesamt wollen Bund und Länder mit zusätzlich 25,3 Milliarden Euro künftig Hochschulpakt, Pauschalen für Forschungsprogramme und den Pakt für Innovation und Forschung finanzieren. Bis 2020 sollen 760.000 zusätzliche Studienplätze im Vergleich zu 2005 geschaffen werden.

## Fahndung an Schulen: Vater als Kinderschänder überführt

**Frankfurt/Passau (dpa)** - Das Bundeskriminalamt war auf einem US-Server auf die Bilder eines siebenjährigen Jungen aufmerksam geworden, der sexuell missbraucht wurde. Nach ergebnislosen Ermittlungen leitete die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität eine Öffentlichkeitsfahndung an Schulen ein, um die Identität des Opfers zu klären. Sie sendete nicht-pornografische Fotos des Jungen an sämtliche Grundschulen in Deutschland. Eine Grundschulleiterin in Passau erkannte den Jungen. Die Polizei nahm dessen 49 Jahre alten Vater fest. Er steht unter Verdacht, sich an seinem Sohn vergangen zu haben. Der Siebenjährige wird nun vom Jugendamt betreut.

## Deutsche Familienminister für bundesweite Kita-Qualitätsstandards

**Berlin (dpa)** - Die Familienminister von Bund und Ländern wollen erstmals in einem milliardenschweren Projekt bundesweite Qualitäts-Standards für Kitas etablieren. Die Unterschiede sind derzeit noch sehr groß. Beispielsweise kümmert sich eine Kita-Mitarbeiterin in den westdeutschen Bundesländern im Durchschnitt um 3,4 Kinder im Alter von unter drei Jahren, in den östlichen Ländern sind es 5,8 Kinder. Bei einer Bund-Länder-Gesprächsrunde in Berlin wies die Ministerin auf die Folgekosten von Mängeln in der frühkindlichen Bildung hin. Schwesig sagte: „Wenn wir im Kita-Bereich investieren, dann können wir uns viele Kosten nach hintenheraus sparen.“ Laut Schwesig sollen die Länder für die Sprachförderung in den Kitas bis 2017 insgesamt 500 Millionen Euro erhalten. Zu den Bereichen, in denen die Familienminister langfristig gemeinsame Standards vereinbaren wollen, gehören unter anderem eine ausgewogene Ernährung, ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel sowie mehr Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen.

## Türkei kritisiert Erdogan-Karikatur in deutschem Schulbuch

**Istanbul (dpa)** - Das türkische Außenministerium hat eine Karikatur in einem deutschen Schulbuch kritisiert, weil sie Präsident Erdogan verunglimpfe. Die Zeichnung von 2011, Erdogan war damals Ministerpräsident, zeigt unter anderem einen Hund, der an eine Hütte mit der Aufschrift „Erdogan“ gekettet wurde. Das Außenministerium klagte: „Diese Art von Karikaturen, die auch in Schulbüchern verwendet werden, spiegeln leider die Zunahme von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland.“ Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) reagierte harsch: „Es ist mir unerfindlich, wie man sich darüber so echauffieren kann. Eine Karikatur ist eine Karikatur und sie karikiert, deshalb heißt sie so.“ Erdogan solle sich darum kümmern, wie er selbst mit Kritikern umgehe.



## Unternehmen: Diskriminierung wegen des Namens

**Berlin (dpa)** - Unternehmen in Deutschland weisen etwa Türkischstämmige angeblich noch oft wegen ihres fremd klingenden Namens ab. Solche Bewerbungen würden oft aussortiert. „Das ist kein gutes Zeugnis für unser Land“, sagte Aydan Özoğuz, die Migrationsbeauftragte des Bundes. Insgesamt sei das Land auf dem Weg zur Einwanderungsgesellschaft nach Jahren der Ignoranz vorangekommen – für mehr Chancengleichheit bleibe aber viel zu tun. Der Anteil der Menschen mit ausländischen Wurzeln nimmt zu. Jeder Fünfte hatte zuletzt einen Migrationshintergrund, das sind 16,3 Millionen Menschen. Die größten Gruppen sind Menschen türkischer Herkunft (18,3 Prozent) und polnischer Herkunft (9,4 Prozent). Mehr als die Hälfte der Migranten hat die deutsche Staatsangehörigkeit. Als alarmierend wertete Özoğuz, dass 30,5 Prozent der ausländischen jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsausbildung bleiben – drei Mal so viele wie junge Erwachsene mit deutscher Staatsangehörigkeit.



Blau machen statt Theorie pauken: Beim Indigofärben im Chemieunterricht der Q11 ...

g

gymnasium

## Die Funktionslogik des Gymnasiums – oder: Zeit für das Primat der Pädagogik

Fritz Schäffer\*



**Kompetenzorientierung, individuelle Lern- und Leistungskultur – all das ist längst Ziel der Gymnasialbildung. Doch der Alltag ist noch immer geprägt vom jahrhunderte alten Prinzip der Selektion und Fachlichkeit. Auf den Lehrer kommts an? Ja. Aber auch auf ein förderliches System.**

Lena spielt Schlagzeug. Zusammen mit ihrem Klassenkameraden Tobias erklärt sie sich bereit, im Musikunterricht ein Stück vorzuspielen, das die beiden vorher einüben. Die Lehrerin ist mit dem Ergebnis zufrieden, und die beiden wollen natürlich eine Note dafür haben. Das stellt die Lehrerin vor ein Dilemma: Einerseits möchte sie die Anstrengung der beiden honorieren. Andererseits: So anspruchsvoll war das Stück nun auch wieder nicht. Lässt es sich mit gymnasialem Niveau vereinbaren, dafür eine Eins zu geben? Andere Schüler, die kein Instrument können, müssen für einen Einser gründlich auf eine Ex lernen. Ist es gerecht, dass die beiden eine Eins für etwas bekommen, was sie sowieso schon kön-

nen? Sie gibt eine Zwei und begründet: „Es war kein allzu schweres Stück, das ihr da eingeübt habt.“ Für die beiden ist klar: Sie spielen nie mehr freiwillig vor.

Ebenfalls in einer fünften Jahrgangsstufe wird in Englisch in allen Klassen dieselbe Schulaufgabe geschrieben. Einige Kollegen befürchten, dass sie zu gut ausfällt, wenn das Hörverstehen vorher im Unterricht geübt wird. Den Schülern müsse klargemacht werden, dass der Englischunterricht am Gymnasium anders abläuft als an der Grundschule. Wenn man es jetzt den Schülern zu leicht mache, dann hätten sie später viel mehr Probleme. Man beschließt, Hörverstehen nicht zuvor im Unterricht zu üben.

### Die Gerechtigkeitsfalle

Zwei von vielen alltäglichen Situationen, in denen sich Lehrkräfte im Zweifel für fachlichen Anspruch und Gerechtigkeit entscheiden – und gegen die Bedürfnisse ihrer Schüler. Längst sind eine andere Leistungskultur und Kompetenzorientierung zum Ziel der neuen Lehrpläne erklärt worden. Aber was nutzt das, solange Lehrkräfte ihr tägliches Handeln nicht danach ausrichten? >

\*Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik

Der Dialogprozess über die Zukunft des Gymnasiums brachte in einigen Punkten einen eindeutigen Konsens: die Schüler leiden insbesondere in der Mittelstufe unter zu hohen Stoff- und Prüfungsdruck, der Unterricht ist noch zu wenig kompetenzorientiert und häufig zu faktenlastig, neue Lernformen sollten stärker verbreitet werden, der Unterricht müsste noch stärker individualisiert werden.

## Lehrkräfte sehen sich als Richter

Strittig war die Frage, wie solche Ziele erreicht werden können. Guter Unterricht lässt sich nur schwer verordnen. Auf den Lehrer kommt es an. Bereits heute gibt es viele Lehrerinnen und Lehrer, die einen modernen, am Schüler ausgerichteten und kompetenzorientierten Unterricht auf gymnasialem Niveau halten. Doch wie muss eine Reform gestrickt sein, dass sie solches Verhalten in die Breite trägt? Leuchtturmschulen und Leuchtturmlehrer allein reichen nicht für ein erfolgreiches und akzeptiertes Gymnasium.

Menschen agieren in Systemen, und diese Systeme prägen das Verhalten dieser Menschen. Soziologen sprechen von der Funktionslogik von Systemen. Auch das Gymnasium als System besitzt seine eigene Funktionslogik, die das Handeln der dort Arbeitenden prägt. Durch die 150-jährige Tradition des Gymnasiums hat sich ein Primat der Auslesefunktion und des fachlichen Anspruchs über etwa die Integrations- oder die Sozialisationsfunktion durchgesetzt. Wie keine andere Schularart legitimiert sich das Gymnasium durch seine zumindest behauptete hohe Fachlichkeit und seine hohe Selektivität.

Die Funktionslogik des Gymnasiums bringt Lehrkräfte dazu, ihren Ausleseauftrag möglichst gerecht und objektiv erfüllen zu wollen. Sie sehen sich in der Rolle des Richters. Diese Sicht belastet das Verhältnis zu den Erziehungsberechtigten. Nicht mehr das gemeinsame Bemühen um das Wohl des Kindes prägt das Verhältnis, sondern der Interessenskonflikt um Noten und Zugangsberechtigungen. Eltern verstehen sich als Anwalt ihrer Kinder im Konflikt mit der gegnerischen Partei. Zudem bedeutet die Rolle des Beurteilers eine enorme Machtstellung. Und Macht verführt.

Besonders verheerend wirkt sich das an sich ehrenhafte Bestreben der Lehrkräfte nach möglichst objektiven und gerechten Urteilen aus. Es verleiht Leistungsmessung am Gymnasium seine dominierende Bedeutung. Unterricht wird reduziert auf die Vorbereitung auf die nächste Leistungserhebung, Schüler haken diese ab, sobald sie vorüber ist. Die Korrektur dient nicht der Förderung, sondern der Rechtfertigung der Lehrkraft. So dominieren Reproduktionsaufgaben sie sind

eben am gerechtesten zu bewerten. Unter solchen Bedingungen wird eine Schule keine Fehlerkultur entwickeln, in der Schüler den Lehrkräften ihre Defizite offenbaren. Dabei ist genau dies die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen.

Das Bestreben nach objektiver Beurteilung führt schließlich dazu, dass alle Schülerinnen und Schüler gleich behandelt werden. Ungleiche Behandlung wäre ja ungerecht. Prüfungen im Gleichschritt folgen auf Unterricht im Gleichschritt. Individualisierung, also das Eingehen auf individuelle Stärken und Schwächen, ist aber per se ungleich.

Pausenaufsicht. Ein neuer Kollege steht da im weißen Labormantel. Auf die Frage, ob er Chemielehrer sei, gibt er entrüstet zurück: „Ich bin Chemiker!“ Neben dem Ausleseauftrag prägt der Anspruch auf hohe Fachlichkeit die Funktionslogik des Gymnasiums. Dies führt dazu, dass sich viele Lehrkräfte im Zweifel eher als die Anwälte ihres Faches als der Schüler verstehen. Daher ist die Lehrerbildung für Gymnasiallehrer auch so stark fachorientiert.

**d**ahinter steckt der Gedanke, dass die Liebe zum Fach und die fachliche Kompetenz die Grundlage für Unterrichtserfolg darstellen. Niemand würde bestreiten, dass ein Gymnasium durch fachlich kompetente und deshalb glaubwürdige Lehrerinnen und Lehrer einen intellektuell anregenden und niveauvollen Unterricht bieten muss.

Unbestritten: Eine Lehrkraft muss von den Dingen, die sie vermittelt, viel verstehen. Aber dies allein reicht nicht aus für guten Unterricht. Wenn eine Lehrkraft keine gelingende menschliche Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern aufbauen kann, wenn sie die Unterrichtsgegenstände nicht didaktisch und methodisch so aufbereiten kann, dass sich die Schülerinnen und Schüler aktiv damit auseinandersetzen, wenn sie keinen Blick hat für die Lern- und Verständnisprobleme von Schülerinnen und Schülern, dann wird dieser Lehrkraft all ihre fachliche Kompetenz nichts nutzen.

Im Fach Natur und Technik in einer fünften Klasse wird das Ohr behandelt. Der Lehrer verteilt ein Arbeitsblatt mit einem schematischen Querschnitt des Organs. Er weiß, dass den Schülern das Lernen der entsprechenden Fachbegriffe nicht leicht fällt. Er findet aber, dass gerade am Gymnasium darauf geachtet werden müsse, dass die Fachsprache korrekt angewendet wird. Daher fragt er dieses Schema in der Folgestunde in einer Ex ab. Sicher: Fachlichkeit erfordert die Verwendung der spezifischen Fachsprache. Doch ohne die notwendige Zeit, Dinge zu durchdringen, werden Fachbegriffe



... kann sich der Schüler fühlen wie ein Zauberlehrling. Aufs Erleben kommt es an.



nicht wirklich verstanden, sondern einfach auswendig gelernt und oftmals sinnwidrig verwendet.

Wer es versteht, die eigene Ahnungslosigkeit hinter der Begriffsbenennung zu verschleiern, kann sogar gute Noten erzielen. Unreflektierter und inflationärer Gebrauch abstrakter Fachbegriffe versperrt vielen Schülerinnen und Schülern das Verständnis für die Lerninhalte und tötet die Motivation zum Lernen. Intellektuelles Niveau sieht anders aus. Echte Fachlichkeit ebenfalls. Hier wird bestenfalls Oberflächenwissen erworben, Tiefenstrukturen bleiben so verborgen.

## Was das Ministerium nicht verstanden hat

Das Kultusministerium hat diese Probleme durchaus erkannt und wünscht einen kompetenzorientierten verständnisintensiven Unterricht. Was das Ministerium nicht erkannt hat: Unpädagogisches und problematisches Handeln an den Gymnasien ist auf genau jene Funktionslogik zurückzuführen, die es selbst verkörpert. Die traditionelle Funktionslogik des Gymnasiums wird nicht überwunden, solange man glaubt, Defizite der Abiturienten in Deutsch und Mathematik dadurch zu beheben, dass man die Abiturprüfung in beiden Fächern verpflichtend macht und fünf Prüfungen verlangt, statt sich

Gedanken über den Deutsch- und Mathematikunterricht von der Unterstufe an zu machen.

Solange die Lehrpläne nach dem Prinzip des „wünsch-dir-was“ alle möglichen Fachinhalte auflisten, unabhängig davon, ob sie in dieser Dichte im jeweiligen Alter der Schülerinnen und Schüler auch tatsächlich gelernt und verstanden werden können, so lange man an einer einseitigen Fachorientierung der gymnasialen Lehrerbildung festhält, solange man zulässt, dass sich jedes Fach möglichst häufig in der Stundentafel des Gymnasiums wiederfindet, so dass die zehnte Jahrgangsstufe bis zu 16 Fächer bereit hält., so lange verstärkt man die traditionelle Funktionslogik des Gymnasiums statt sie zu überwinden.

Eine Reform, die zu echten Verbesserungen führen soll, muss an diese Wurzeln gehen. Es gilt, fachlichen Anspruch und Ausleseauftrag auf das notwendige Maß zurückzustutzen und endlich das Primat der Pädagogik durchzusetzen. Schulisches Handeln muss immer in erster Linie auf das erfolgreiche Lernen der Schülerinnen und Schüler gerichtet sein. Erfolgreiches Lernen bedeutet auch auf gymnasialem Niveau, den Lerngegenstand und die Auslesefunktion nicht höher zu bewerten als den Schüler. Sonst bleiben alle Bemühungen um eine Reform des Gymnasiums Makulatur. //

Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule: Im Gang zwischen Tiefgarage und Maximilianeum sagt Norbert Zeller (l.), der Gast aus Stuttgart, dem Oppositionspolitiker Martin Güll (SPD) wo es lang geht.



**"Es ist das richtige pädagogische Konzept"**

In Baden-Württemberg gibt es bereits 209 öffentliche Gemeinschaftsschulen. Norbert Zeller ist im baden-württembergischen Kultusministerium verantwortlich für diesen Boom. Vor Vertretern bayerischer Kommunen schilderte er auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion seine Erfahrungen. Mit ihm und dem SPD-Bildungsexperten Martin Güll sprach die „bayerische schule“ über Herausforderungen für die Kommunen – und Strategien, Skeptiker doch noch zu überzeugen.

Herr Zeller, wann haben Sie zuletzt einen Verfechter des gegliederten Systems von der Gemeinschaftsschule überzeugt?  
Zeller: Das ist eine ständige Aufgabe. Glauben Sie ja nicht, dass in Baden-Württemberg plötzlich alle Feuer und Flamme für die Gemeinschaftsschule sind. Selbst jetzt, nach drei Jahren, sind immer noch viele Fragen, Vorurteile und Ängste vorhanden.

Wovor haben die Menschen Angst?  
Zeller: Die größte Angst ist: Kann die Gemeinschaftsschule überhaupt funktionieren? Inzwischen können wir belegen, dass es sehr erfolgreich läuft. Die Kinder sind keine Versuchskaninchen, die Eltern wählen diese Schule bewusst. Andere wiederum befürchten, dass die Kinder in dieser Schule nicht so viel lernen. Auch diese Angst können wir nehmen, denn die Gemeinschaftsschule ist eine leistungsorientierte Schule. Allerdings wird dort anders gelernt. Gestern hat mir eine Mutter aus Konstanz erzählt, sie empfindet die Gemeinschaftsschule für ihr Kind als Freude, weil sie spürt, wie das Kind gerne in die Schule geht und gerne lernt. Sie hat es als sehr wohltuend und entlastend empfunden, dass das Kind entsprechend seinem Niveau lernen kann.

Für viele Kommunen ist die Gemeinschaftsschule eine Herausforderung. Es werden mehr Räume benötigt, zum Beispiel für das Lernen in Kleingruppen, für den Ganztagsbetrieb muss eine Mensa her. Der Platz für einen solchen Umbau ist oft nicht da, vom Geld ganz zu schweigen.

Zeller: Ich hab die Erfahrung gemacht, dass die Kommunen sehr wohl bereit sind, zu investieren. Bildung ist auch ein Standortvorteil für die Kommunen.

Herr Güll, wenn das alles so attraktiv ist, warum bekommen Sie in Bayern dann nicht mehr Unterstützung von Seiten der Kommunen?

Güll: Das Besondere an Baden-Württemberg ist ja, dass es da eine Ermöglichungskultur gibt. Wenn wir heute den Kommunen das Modell der Gemeinschaftsschule vorschlagen, dann ist die erste Frage: Geht das denn überhaupt in Bayern?

Was antworten Sie?

Güll: Die ehrliche Antwort ist natürlich: Nein. Bei uns will die Mehrheitsfraktion an der gegliederten Schullandschaft festhalten. Die Gesetzentwürfe der Opposition sind im Landtag abgelehnt worden. Die wenigen Leuchtturmgemeinden, die sich diesem Prozess unterworfen haben und einen Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt haben, sind Gemeinden, die mit ihrem Schulangebot wegen der sinkenden Schülerzahlen vor dem Aus stehen. Die sagen: Wir haben nur noch einen kleinen Strohalm, und den nutzen wir jetzt, denn man weiß ja nicht, wie sich auch in Bayern die politische Landschaft verändert. Und wenn sie sich verändert, dann wollen wir dabei sein.

Dass die CSU umschwenkt, gilt als unwahrscheinlich. Ihr Einsatz ist daher eigentlich aussichtslos. Warum halten Sie trotz dem an der Idee der Gemeinschaftsschule fest?

Güll: Weil ich persönlich davon überzeugt bin, dass es das richtige pädagogische Konzept ist. Und weil ich überzeugt bin, dass wir bestimmte Herausforderungen im Bildungsbereich nur noch so lösen können werden. Im Moment fahren 80 Prozent der Kinder aus ihrem Wohnort raus. Wir werden die Eltern nur dann für wohnortnahe Konzepte gewinnen, wenn sie sehen: In Ihrer Kommune bekommen sie ein pädagogisch hochwertiges Bildungsangebot mit entsprechenden Abschlüssen.

Herr Zeller, haben Sie noch einen Tipp für Ihre Kollegen in Bayern? Wie könnten sie Vorbehalten gegenüber der Gemeinschaftsschule begegnen?

Zeller: Ich bin vorsichtig, einem anderen Bundesland Ratschläge zu geben, aber ich will mich vor Ihrer Frage nicht drücken. Ich kann nur empfehlen, dass die Skeptiker oder diejenigen, die das zu entscheiden haben, sich mal mit solchen Schulen direkt auseinandersetzen. Besuchen Sie die Schulen, sprechen Sie mit den Lehrkräften, den Eltern und den Schülern, schauen Sie, welche Erfahrungen sie im Umgang mit dem individualisierten und kooperativen Lernen machen. Ich weiß, dass dann sehr viele Vorurteile zusammenbrechen. //



# Über das Lernen sprechen

Simone Fleischmann\* und Hans-Peter Etter\*\*

**Kurz vor Ende des vergangenen Schuljahres machte das Kultusministerium bekannt: Ab sofort kann in den Jahrgangsstufen 1 bis 3 auf das Zwischenzeugnis verzichtet werden. Stattdessen darf es Lernentwicklungsgespräche (LEG) mit Schülern und Erziehungsberechtigten geben. Überfällige Maßnahme oder unsinniger Schnellschuss – noch sind sich viele Grundschul-Kollegien nicht sicher. Hier das Pro und Contra.**

## Pro LEG

- In einer Schule, die die Kinder viel zu früh selektiert, konzentriert sich die Zielrichtung von Lehrkräften und Erziehungsberechtigten in erster Linie auf das Messen von Leistung durch Ziffernnoten. Hundertstelnoten entscheiden über die schulische Laufbahn eines Kindes. Zumindest im Zwischenzeugnis auf Noten zu verzichten ermöglicht es, Stärken und Schwächen und einen eventuellen individuellen Förderbedarf eines Kindes besser festzustellen.
- Das Kultusministerium hat weitgehend auf Festlegungen verzichtet und den Schulen einen großen Handlungsspielraum zubilligt. Offen gelassen hat es, wie die Dokumentationen auszusehen hat, wie der unbestimmte Rechtsbegriff „zeitnah zum Zeitpunkt des Zwischenzeugnisses“ auszulegen ist, wie man Einvernehmen zwischen Schule und Elternbeirat herbeiführt. Das stärkt die pädagogische Verantwortung und Entscheidungsfreiheit – es wirkt wie ein erster Schritt in Richtung „eigenverantwortliche Schule“.

Viele Schulen haben dieses Signal wohlwollend beachtet und sich schon im ersten Jahr der Einführung auf den Weg gemacht und sich eindeutig pädagogisch positioniert. Allerdings: Weil bislang nahezu alles reglementiert ist, sind es Schulleitungen nicht gewohnt, mit solcher Freiheit umzugehen. Der BLLV hat zahlreiche Mails und Anrufe erhalten, und wurde um rechtlich „saubere“ Maßgaben und „konkrete Vorlagen“ für die Abwicklung der Lernentwicklungsgespräche gebeten.

## Was wir dazu sagen

Der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung muss klar sein: Die LEG sind, wenn sie im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern erfolgreich umgesetzt werden, mit erheblicher Mehrarbeit verbunden. Wie eine Lehrkraft mit 27 Kindern diese Gespräche außerhalb der Unterrichtszeiten führen soll – ohne Reduzierung des Stundenmaßes und und zeitnah zum Zwischenzeugnisterrmin, bleibt ein Rätsel.

Erstaunlicherweise bekommen Schulleiter und Lehrkräfte das dann doch irgendwie hin. Ob aber solche Neuerungen

## Contra LEG

- Wieder einmal hat eine Änderung der Schulordnung die Lehrerschaft völlig unvorbereitet getroffen. Wenn das Ministerium eine derartige Änderung kurz vor den Sommerferien in einer KMBek anordnet, ignoriert es die Schulkwirklichkeit. Derart wichtige pädagogische Maßnahmen ohne Vorlauf und ohne Diskussion einzuführen, ist unprofessionell. Viele Schulen haben auch wegen dieses Zeitdrucks darauf verzichtet, das LEG einzuführen.
- Die Kollegien sollten noch vor Schuljahresbeginn, also in der ersten Lehrerkonferenz am Tag vor dem Schulanfang, eine Entscheidung treffen, die Entscheidung mit dem Elternbeirat diskutieren und Einvernehmen herstellen. Doch wie hätten sie das tun sollen? An keiner Schule gibt es zu diesem Zeitpunkt einen amtierenden Elternbeirat. Der vom Vorjahr darf nicht mitbestimmen.
- Eltern wurde die Option zugestanden, trotz LEG Zwischenzeugnisse ausgestellt zu bekommen. Die Entscheidung, einen neuen pädagogischen Prozess zu beginnen, muss für die gesamte Schulfamilie gelten. Zudem machen solche Ausnahmeregelungen den Lehrkräften doppelt und dreifach Arbeit.
- Viele fragen sich, ob es sinnvoll ist, in den Jahrgangsstufen 1 bis 3 zugunsten von modernen LEG auf Noten im Zwischenzeugnis zu verzichten – in der 4. Jahrgangsstufe sind ja doch wieder ganz normale Zeugnisse auszustellen. Und gerade im Übertrittszeugnis zählen nur die drei Noten in Mathematik, HSU und Deutsch.

unter den genannten Prämissen pädagogisch erfolgreich sein können, muss sich zeigen. Immerhin: Sich zu verabschieden von der starren Ziffernbewertung, ist einer von vielen Wegen zur pädagogischen Schule und zu einer modernen Leistungskultur.

**Wie sehen Sie es? Wie wird es bei Ihnen an der Schule gemacht? Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen und Anregungen und diskutieren Sie mit uns auf unserer Homepage unter [www.bllv.de/bs/2014/07](http://www.bllv.de/bs/2014/07).**

\*Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft \*\*Leiter der Abteilung Recht

# g

ganztagsgrundschule



## Ganztags in der Grundschule: Betreuung oder Bildung?

Simone Fleischmann\* und Dr. Fritz Schäffer\*\*

**In seiner Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident versprochen: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und für jeden Schüler bis 14 Jahren ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Eine „Projektgruppe Ganztagschule“ der CSU im Bayerischen Landtag hat nun ein Konzept erstellt, das zeigt, was passieren müsste, um dieses Versprechen einzulösen. Der BLLV unterzieht es einer kritischen Prüfung.**

Um Horst Seehofers Ganztagsgarantie zu erfüllen, wird eine ganze Palette von Modellen angeboten: das teuerste und qualitativste, nämlich das Gebundene Ganztagsmodell, ist nur eine von vielen Optionen. Leider, denn die von der Projektgruppe unter dem Vorsitz von Kerstin Schreyer-Stäblein und Gudrun Brendel-Fischer vorgestellten Konzepte und best practice Beispiele sind zwar hoch flexibel, aber eben keinesfalls pädagogisch so effektiv, wie der gebundene Ganztags.

Oberste Priorität genießt beim Konzept der CSU, so die Wahrnehmung des BLLV, die höchstmögliche Flexibilität der Betreuungszeiten, die sollen möglichst maßgerecht den zeitlichen Bedürfnissen der Eltern angepasst werden. Es geht vor allem darum, die Rand- und Ferienzeiten, sowie Verlässlichkeit und Wahlfreiheit abzudecken. Angedeutet wird auch, dass Grundschulverbände die Wahlfreiheit der Eltern womöglich noch erhöhen könnten.

Noch immer scheint nicht klar, ob nur einfach und schnell die von höchster Stelle versprochene Ganztagsgarantie erfüllt werden soll, oder ob qualitätsvolle und tiefgreifende Bildungs- und Erziehungsprozesse im Mittelpunkt stehen.

Folgende Thesen stellt der BLLV zur Debatte:

- Die Angebote müssen nicht nur Beaufsichtigung abdecken, sondern pädagogischen und didaktischen Mehrwert erzeugen. Der Bedarf ist ja nicht nur der von Eltern, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Er ergibt sich auch aus dem Auftrag, den Kindern bestmögliche Bildungs- und Erziehungsangebote zu eröffnen.

- Die Gebundene Ganztagschule ist das pädagogisch wirksamste Angebot. Der Wert liegt darin, dass hier Bildungs- und Erziehungsprozesse aus einem Guss gelebt werden.
- Angesichts der Unterschiedlichkeit des von Eltern erwünschten zeitlichen Umfangs der Ganztagsangebote und der unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort erscheint die Vielfalt der Angebote sinnvoll.
- Die Entscheidung für das konkrete Angebot vor Ort muss in der Kompetenz der jeweils Beteiligten liegen.
- Alle Angebote im Ganztags müssen qualitativen Mindeststandards genügen. Dazu gehört die Aufwertung der Mittagsbetreuungseinrichtungen, indem für das Personal qualitative Mindeststandards gefordert werden. Die Frage ist allerdings: woher sollen diese qualifizierten Personen genommen werden? Erzieher und Pädagogen sind derzeit auf dem Markt so gut wie nicht zu haben.
- Ein verlässliches Finanzierungsmodell zwischen Land und Kommunen muss die Grundlage dafür bieten, dass die Qualität der Angebote unabhängig von der Finanzkraft der jeweiligen Kommunen ist.

Zur Erfüllung hochwertiger Standards fordert der BLLV:

- Für jede Klasse im gebundenen Ganztags müssen 19 zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung stehen. Lernprozesse können nur dann individualisiert, ganzheitlich und verständnisintensiv angelegt werden, wenn zumindest teilweise Teamteaching betrieben werden kann.
- Für alle anderen Modelle des Ganztags müssen ausreichende Finanzmittel für professionell ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Ganztagsangebote dürfen nicht den Charakter von Verwahranstalten haben. Kernzeiten und flexible, den Bedarfen der Eltern gerecht werdende Buchungszeiten, erschweren die Umsetzung von nachhaltigen Bildungsprozessen.
- Offene Modelle der Ganztagschule brauchen ein erhebliches Zusatzmaß an Koordination. Hierzu braucht es Koordinierungs- und Organisationszeiten. So ist ein ausreichender Stundenpool für die Konzeption und Durchführung kreativer und regional passgenauer Modelle zu gewähren. Schulleitung und Verwaltung müssen entsprechend dem Zusatzaufwand ausgestattet werden. Zum Nulltarif wird das nicht funktionieren. //

\*Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft \*\*Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik

# der bllv im gespräch mit ...



... CSU-Fraktionsvorsitzender  
Thomas Kreuzer

## CSU-Fraktion besteht auf vier Säulen

Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, will bei der geplanten Weiterentwicklung des Gymnasiums alle vier Säulen berücksichtigt sehen. Neben der Dauer der Gymnasialzeit sind das die Inhalte, die Pädagogik/Didaktik und die Lehrerbildung. Außerdem sollen möglichst viele Gymnasien die Möglichkeit bekommen, sich zu gebundenen Ganztagschulen zu entwickeln. Diese klare Aussage erhielten BLLV-Präsident Klaus Wenzel und Abteilungsleiter Dr. Fritz Schäffer bei einem ausführlichen Gespräch im Landtag. Wenzel stellte einmal mehr fest, dass bei einer neuen Lernkultur mit echter individueller Förderung auf eine äußere Differenzierung in der Mittelstufe weitgehend verzichtet werden könne. Bevor man sich also ständig mit der „Schuldauer-Säule“ beschäftige, solle man Überlegungen zur Ausstattung der übrigen drei Säulen anstellen. Schäffer: „Schüler, Eltern und Lehrer brauchen konkrete Informationen über die neuen Lernformate und über die Änderungen in der Lehrerbildung, dann werden sie sich auch an der Diskussion zu diesen Themen beteiligen“. Kreuzer bekräftigte, dass er als Fraktionsvorsitzender genau beobachten werde, welche Schritte bei der Reform des Gymnasiums gegangen werden: „Es muss ein Konzept aus einem Guss geben und nicht nur marginale Veränderungen in der Mittelstufe.“ **bs**



... CSU-Bildungsexperte  
Gerhard Waschler

## Gymnasialreform: Ringen um das Bessere

Der Arbeitskreis Bildung der CSU-Fraktion und der BLLV trafen sich zu einem Meinungsaustausch, um zum Thema Gymnasialreform „gemeinsam ums Bessere zu ringen“. BLLV-Präsident Klaus Wenzel überreichte die Stellungnahme des BLLV zu den CSU-Klausurbeschlüssen von Banz. Er lobte, dass die Eckpunkte des CSU-Gymnasialkonzepts neben der verlängerten „Mittelstufe plus“ auch die anderen drei Säulen Lehrplan, Lehrerbildung und Pädagogik berücksichtigen. Denn entscheidend sei nicht „wie lange gelernt werden soll, sondern vielmehr was gelernt werden muss und wie gelernt werden darf“. Beide Seiten bedauerten, dass die öffentliche Debatte meist auf die Frage G8/G9 verknüpft sei. „Die Strukturfrage ist die falsche Frage“, bekräftigte der Abgeordnete Otto Lederer. Schwerpunkte lägen für die Abgeordneten auf der Arbeit am „Lehrplan PLUS“ sowie auf regionalen und schulhausinternen Lehrerfortbildungen. Sein Arbeitskreis suche grundsätzlich nach Maßnahmen „im Gleichgewicht zwischen Aufwand und gutem Willen“, sagte Gerhard Waschler, Bildungspolitischer Sprecher der CSU. Wenzel forderte, detaillierte Pläne für die Bearbeitung der vier Konzeptsäulen vorzulegen. Zur Sprache kamen zudem der Ganztags und die schulische Unterstützung von Flüchtlingskindern. Wenzel appellierte, für Flüchtlinge positive Signale zu senden. **hü**



... Grünen-Landesvorsitzender  
Eike Halitzky

## Grüne und BLLV für lokale Lösungen

Eine umfangreiche Liste mit schul- und bildungspolitischen Themen brachte Eike Halitzky zu einem Gespräch mit, zu dem BLLV-Präsident Klaus Wenzel in sein Büro eingeladen hatte. Halitzky ist für den BLLV kein Unbekannter: mehr als zehn Jahre war er Abgeordneter im Bayerischen Landtag, seit Herbst 2013 ist er (gemeinsam mit Sigi Hagl) Landesvorsitzender der bayerischen Grünen. Dass es zwischen den Grünen und dem BLLV in vielen schulpolitischen Fragen hohe Übereinstimmung gibt, zeigte sich zum Beispiel bei der Diskussion um den Erhalt wohnortnaher Schulen, bei der geplanten Entwicklung der „Bildungsregionen“ und bei der konsequenten Umsetzung der Inklusion. Halitzky und Wenzel waren sich einig, dass bei der Organisation des Schul- und Bildungswesens pragmatische Lösungen wichtiger seien als das Festhalten an „ideologischen Parolen von gestern“. Es sei mehr Flexibilität gefordert, damit lokale Lösungen erreicht werden, die von den Betroffenen der jeweiligen Region getragen und unterstützt werden. „Es widerspricht allen Erkenntnissen moderner Unternehmensorganisation“, so Halitzky und Wenzel übereinstimmend, „wenn von der Zentrale aus alle Inhalte, Strukturen und Verfahren im Detail festgelegt werden“. Die Lehrerbildung und die „Reform“ des Gymnasiums waren weitere Themen des sehr angeregten Gesprächs. **bs**



... SPD-Bildungsexperte  
Martin Güll

## SPD-Arbeitskreis: Bildung oder Betreuung?

Einen Ausbau der Ganztagsangebote forderten der SPD-Arbeitskreis Bildung und der BLLV bei einem Meinungsaustausch. Beide Seiten erachteten die gebundene rythmisierte Ganztagschule als pädagogisch beste Form. Das externe Personal des offenen Ganztags sei keineswegs schlechter, sagte BLLV-Präsident Klaus Wenzel. Aber gerade Grundschüler bräuchten Halt durch kontinuierliche Beziehungen zu ihren Lehrern. Die Abgeordnete Simone Strohmayer berichtete, ein Teil der Eltern bevorzuge offene Angebote. Daher wolle die SPD offene Formen weiter zulassen. Martin Güll, Vorsitzender des Bildungsausschusses, ergänzte, Ganztagschulen müssten mehr leisten als eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ziel der SPD sei es, den „Wildwuchs“ unterschiedlichster Angebote in hochwertigen Konzepten zusammenzuführen. SPD und BLLV stimmten überein, dass dafür auch zusätzliche Stellen und Mittel erforderlich seien. „Letztlich ist die Frage, was beim Ganztags im Vordergrund steht: Bildung oder Betreuung“, sagte Simone Fleischmann, Leiterin der Abteilung Berufswissenschaft im BLLV. Für den Verband stehe Bildung an erster Stelle. Daher könne der Bedarf an Ganztagsangeboten auch nicht nur am Elternwillen gemessen werden. Auch pädagogische Ziele von Schule und Gesellschaft müssten berücksichtigt werden. **ff**



## // Flüchtlinge: Erst Zusagen, dann Rückzieher

Alle Fraktionen des Bayerischen Landtags sind sich einig, dass es für die Bildung von Flüchtlingskindern zusätzlicher Anstrengungen bedarf. Die Finanzierung geeigneter Maßnahmen ist aber noch immer nicht gewährleistet. Die inzwischen abgeschlossenen Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 hätten hervorragende Möglichkeiten geboten, das zu ändern. Denn allen Beteiligten ist klar, dass die Herausforderungen langfristig bestehen bleiben.

Der BLLV hatte ein Notprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro gefordert und eine entsprechende Petition an den Landtag gerichtet. Mit dem Geld sollten Dolmetscher und Psychologen bestellt werden. Sie seien notwendig, damit Schulen mit oft traumatisierten Kindern ohne Deutsch-

kenntnisse überhaupt in Kontakt treten können. Es brauche schnelle Lösungen für die Schulen.

BLLV-Präsident Klaus Wenzel hatte diese Forderung in zahlreichen Gesprächen im Vorfeld der Haushaltsberatungen mit allen Landtagsfraktionen und Mitgliedern der Staatsregierung nachdrücklich eingebracht. Er habe sowohl von Kultusminister Ludwig Spaenle als auch vom CSU-Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer Zustimmung und Unterstützung erfahren.

Beraten wurde die Petition im Haushaltsausschuss. Alle vier Fraktionen bekräftigten, dass die Forderung berechtigt sei. Für die CSU-Fraktion sagte Reserl Sem jedoch, es gebe bereits viel Unterstützung für Flüchtlinge, etwa bei der Berufsberatung. Zusätzliche Angebote könnten aus dem laufenden

Haushalt bezahlt werden. Ein gesonderter Titel für ein Notprogramm sei nicht erforderlich. Diese Argumentation nannte die Haushaltsexpertin der Grünen, Claudia Stamm, „fast putzig“. Die CSU lasse die Schulen „im Regen stehen“. Freie Wähler (Drs. 17/3980) und Grüne (Drs. 17/4038) hatten die Forderung des BLLV aufgegriffen und eigene Anträge über zehn beziehungsweise sechs Millionen Euro gestellt. Die CSU-Mehrheit lehnte sie ebenso ab wie die BLLV-Petition. Alexander Muthmann stellte die Frage, warum es der CSU so schwer falle, einem Antrag der Opposition zuzustimmen, obwohl sie die Notwendigkeit teile. Sem konterte, es sei ja nicht so, dass die CSU nichts für Flüchtlingskinder unternehme.

Florian Fischer

## // AKTION 25

25 Prozent der Steuermehreinnahmen in Bildung investieren – das hatten BLLV und Forum Bildungspolitik in Bayern mit der AKTION 25 gefordert, 17.274 Personen unterstützten das Begehren. Im Haushaltsausschuss lehnte die CSU-Mehrheit die Forderung jedoch ab, die drei Oppositionsfraktionen SPD, FW und Grüne hatten sie unterstützt. Trotz Erhalt der demografischen Rendite seien zusätzliche Lehrerstellen erforderlich. Insbesondere Claudia Stamm (Grüne) sprach sich aber gegen eine starre Quote von 25 Prozent der Steuermehreinnahmen aus. Die Opposition stimmte deshalb für „Material“: Die Staatsregierung soll das Anliegen erneut prüfen. Der BLLV plant eine Fortsetzung der AKTION 25. fi/hü

## // Noten bleiben

Das Forum Bildungspolitik fordert in einer Petition das Recht für Grundschüler, zwischen Noten und individueller Leistungsbeurteilung zu wählen. Es verweist auf erprobte Verfahren privater Schulen. Die CSU-Mehrheit lehnte dies im Bildungsausschuss ab. Carolina Trautner sagte, Ziffernnoten seien für die Entscheidung beim Übertritt hilfreicher. Mehr als die jetzt in der Grundschule ermöglichten Lernentwicklungsgespräche, die das Zwischenzeugnis ersetzen können, sei politisch nicht gewollt. Umfragen zeigten zudem, dass Eltern und Schüler Noten wollen. Simone Stohmayr (SPD) mahnte dagegen: „Jeder ist geprägt durch das, was er kennt.“ Das dürfe nicht daran hindern, sich „langsam weiterzubewegen“. fi/hü

## // Gymnasialreform

Die Debatte ums Gymnasium geht weiter. Die Staatsregierung hatte einen Dialogprozess geführt, die CSU trotz Kontroversen ein Eckpunktetpapier beschlossen. Die Pädagogik sollte im Mittelpunkt der Reform stehen. Kurz darauf erklärte das KM der Zugang zur verlängerten „Mittelstufe plus“ sei 25 Prozent der Schüler vorbehalten. Die SPD erachtete daraufhin die gesamte Reform für gescheitert, die FW sprachen von „Willkür“, die Grünen von „Murks“. Der Kultusminister versuchte zu korrigieren: Die 25 Prozent seien „kein Deckel, sondern ein Sockel“. Der BLLV warnt vor einer Verkürzung der Reform auf die Dauer des Gymnasiums. Klarheit wird wohl erst der zweijährige Schulversuch ab 2015 bringen. fi

**C**  
cartoon  
meissner





## Olaide und die fremden Wörter

Lisa Schnell

Flüchtlingskinder haben das selbe Recht auf Bildung wie deutsche Kinder. So steht es in der UN-Kinderrechtskonvention. Und so steht es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Besuche in Grafenau und Hof zeigen: Verwirklicht ist dieses Recht bei weitem nicht.

links: Heim und Herd. Im Flüchtlingslager gibt es ganz sicher was zum essen. Ansprüche kann hier niemand stellen

**O**laide, ein schmaler, achtjähriger Junge mit feingliedrigen Händen, kniet auf einem abgewetzten Teppich über seinen Hausaufgaben. Um ihn herum, dicht an dicht, aussortierte Möbel. Ein Doppelbett, eine durchgedressene Couch, ein Tisch. Auf etwa 25 Quadratmetern lebt er mit seiner Mutter und seiner kleinen Schwester in der Gemeinschaftsunterkunft Grafenau in Niederbayern.

Sie zieht ihren langen, schwarzen Rock hoch und zeigt dunkle Narben auf ihrem Schienbein. Bewohner ihres Dorfes schossen auf sie, weil sie sich nicht beschneiden lassen wollte. Sie fassten sie und führten die grausame Prozedur an ihr durch. Danach wollte sie nicht mehr bleiben. Schwanger mit Olaide, flüchtete sie mit dessen Vater. Fünfzehn Tage zogen sie durch die Wüste, zwängten sich in ein Boot, schafften es nach Malta. Sie arbeitete für 550 Dollar im Monat in einem Hotel, nach der Arbeit ging sie betteln.

Olaide hatte oft Hunger, hörte seine Eltern nur streiten, irgendwann wurde sein Vater von der Polizei abgeführt. Seitdem hat er ihn nicht mehr gesehen. In einem Flugzeug kam Olaide nach Dortmund. Vier Tage bettelte er mit seiner Mutter in einem U-Bahnhof. Sie wussten nicht, wo das Asylheim ist. Zu essen gab es Brot und Kekse, mehr nicht. >



links: Willkommen im Bayerischen Wald.  
Hunderte von Flüchtlingen sind in Sammelunterkünften  
wie hier in Grafenau untergebracht

Ob sich Olaide noch erinnert? Er blickt kurz auf, große Kinderaugen, Stille. „Er will vergessen“, sagt seine Mutter. Olaide schüttelt unmerklich den Kopf und beugt sich wieder über seine Matheaufgaben.

## Unterricht mit Dolmetscherin

Seit Juni geht Olaide in die Reinhold-Koeppel-Grundschule in Grafenau. Sie ist für ihn nicht nur seine Chance auf eine Zukunft in Deutschland, sondern auch auf ein Stück Normalität in einem Leben, das von Angst, Armut und Flucht geprägt ist. Flüchtlingskinder wie er haben das selbe Recht auf Bildung wie deutsche Kinder. So steht es in der UN-Kinderrechtskonvention, CDU, CSU und SPD haben sie in ihrer Koalitionsvereinbarung zur Grundlage für den Umgang mit Flüchtlingskindern in Deutschland erklärt. Die Europäische Union verpflichtet die Staaten dazu, Kindern, die kein Wort Deutsch können, Sprachkurse anzubieten, um ihnen „die Teilnahme am Bildungssystem zu erleichtern“.

Lehrer und Schulleitung der Grundschule in Grafenau versuchen alles, um Olaide und den anderen 15 Flüchtlingskindern Deutsch beizubringen und sie zu integrieren, doch sie stoßen an ihre Grenzen. Es ist die erste Stunde in der 2b an der Reinhold-Koeppel-Schule. Die Lehrerin deutet auf eine Tafel an der Wand. Dort stehen in Schreibschrift Wörter wie „Igel“, „Blatt“ oder „Biene“. „Wo findet ihr ein langes ie?“, fragt sie in die Klasse. Fast alle Arme schießen in die Höhe. Olaide starrt angestrengt auf die Wörter. Als ein Kind die richtige Antwort gibt, schlägt er sich mit der Faust auf die Stirn und schüttelt den Kopf über sich selbst.

„Laufdiktat“, ruft die Lehrerin. Jungen und Mädchen rennen durchs Zimmer, Olaide bleibt sitzen. Er bekommt von der Lehrerin ein paar Blätter. Auf Englisch sagt sie ihm, wo er die deutschen Wörter einsetzen soll, die er schon kennt. Sie selbst setzt sich mit einem anderen Flüchtlingsjungen, der erst ein paar Tage in der Klasse ist, an einen Tisch. Um sie herum Kinderlachen und Stühlerücken. „Wenn ihr fertig seid, kontrolliert euch selbst“, ruft sie in den Raum. Ein paar Kinder rollen auf dem Boden, Olaide klettert auf die Fens-

terbank und blickt von oben auf die herumlaufenden Kinder.

Fast jeden Tag stehen neue Flüchtlingskinder vor der Grundschule in Grafenau. Sie bekommen drei Stunden die Woche Deutsch als Zweitsprache. Auch die 20 Förderstunden, die der Schulleitung zur Verfügung stehen, verwendet sie fast ausschließlich für Kinder wie Olaide. „Andere Kinder mit Förderbedarf müssen da zurückstehen“, sagt Rektorin Alexandra Bauer. Es sind aber zu wenige Stunden, um den Flüchtlingskindern so viel Deutsch beizubringen, dass sie im Unterricht gut mitkommen. Dafür wünscht sich Bauer mindestens noch eine Lehrkraft, die sich nur um die Flüchtlingskinder kümmert. Eine Übergangsklasse, in der Flüchtlingskinder maximal zwei Schuljahre Deutsch lernen sollen, will sie nicht. Sie sagt: „Die Kinder integrieren sich viel besser, wenn sie im normalen Klassenverband sind.“

**W**ie es ist, eine der 338 Übergangsklassen in Bayern zu unterrichten, kann Grundschullehrerin Elke Pschibl-Brandl von der Sophienschule in Hof erzählen. Oft fehlt es den Kindern nicht nur an Sprachkenntnissen. Viele haben noch nie eine Schule besucht. Am Anfang liefen ihr die Jungen und Mädchen einfach davon. Ruhig sitzen zu bleiben hatten sie nie gelernt, viele wussten nicht, wie man eine Schere hält. Vor allem Jungen aus arabischen Ländern seien es nicht gewohnt, die Anweisungen einer Frau zu befolgen, sagt Pschibl-Brandl. Sie hat Mühe die Kinder davon zu überzeugen, nur Deutsch miteinander zu sprechen. Lieber reden sie in kleinen Gruppen in ihrer Heimatsprache.

Auch sind sie auf unterschiedlichem Wissensstand, vier Sprachniveaus hat Pschibl-Brandl in ihrer Klasse. „Jedem Kind gerecht zu werden, ist fast unmöglich“, sagt sie mit heiserer Stimme. Anders als viele ihrer Kolleginnen und Kollegen arbeitet sie seit Jahrzehnten mit Migrantenkindern, doch selbst sie fühlt sich oft überfordert, wie sie sagt. Ohne die Dolmetscherin wäre der Unterricht gar nicht möglich. Sie wird von Spendengeldern gezahlt, die die Schule jedes Jahr sammelt. >

An der Reinhold-Koeppel-Grundschule in Grafenau haben sie keinen Dolmetscher, meist übersetzen Schüler, die schon etwas besser Deutsch sprechen. Was sie zu erzählen haben, ist für die Lehrer oft schockierend. Ein Mädchen wurde solange in einem Bus eingesperrt, bis ihre Eltern Lösegeld zahlten. Andere hatten ihre Eltern auf der Flucht verloren und irrten stundenlang alleine in einem dunklen Wald umher. Zwar hat die Schule in Grafenau das Glück, eine Sozialpädagogin im Haus zu haben, doch die muss sich noch um mehr als 200 andere Kinder kümmern. Eine angemessene psychologische Betreuung ist da kaum möglich.

### Die Mutter sagt: „I don't understand“

Die Zahl der Schüler, die professionelle Hilfe brauchen, steigt. Über 15 000 Flüchtlingskinder drängen in nächster Zeit vor allem an bayerische Grund- und Mittelschulen. Mit derzeit 400 Schulpsychologen und knapp 1 000 Beratungslehrern kommt auf gut zehn Flüchtlingskinder eine Fachkraft. Dabei sind Schulpsychologen und Beratungslehrer schon jetzt überfordert, wie eine kürzlich erschienene Studie des BLLV zeigt. Siebzig Prozent der Beratungslehrer sagten aus, sie könnten den Ratsuchenden keine geeignete Unterstützung bieten.

Viele begleitet ständig das Gefühl, ihrer verantwortungsvollen Aufgabe nicht gerecht werden zu können, weil die Zeit für eine Einzelfallberatung viel zu kurz bemessen ist. An manchen Schulen müssen die Kinder bis zu 15 Wochen auf einen Termin beim Schulpsychologen warten. Aus dem Kultusministerium heißt es, Flüchtlinge sollten in Bayern „bestmöglich pädagogisch begleitet“ werden. Auf Druck des BLLV schuf Kultusminister Spaenle 2000 zusätzliche Lehrerstellen zur Sprachförderung und richtete einen Beratungstab für Lehrkräfte ein. Auch die Forderung des BLLV, die Regierung solle ein Notfallprogramm von zehn Millionen Euro beschließen, befürwortete er. Im Gespräch mit BLLV-Präsident Klaus Wenzel sagte Spaenle sogar, die Summe bewege sich noch am unteren Rand des Notwendigen. Trotzdem lehnte die CSU den Antrag im Landtag ab. Es ist dem Engagement von Lehrkräften, Schulleitung und Ehren-

rechts: Zu Beginn war Olaide aggressiv. Ihm fehlten die Worte. Jetzt ist er hochkonzentriert

amtlichen zu verdanken, dass das System nicht ganz zusammenbricht. In Regen, unweit von Grafenau, erklärten sich 25 Ehrenamtliche bereit, den Kindern als Sprachpaten Deutschunterricht zu geben.

Olaide bekam seinen Schulranzen aus Spenden von Eltern. In seine Gemeinschaftsunterkunft kommt eine ehemalige Lehrerin einmal in der Woche zur Kinderbetreuung. Am Eisentor vor Olaides neuem Zuhause hängt ein Verbotsschild. Jemand hat mit zwei Punkten und einem Halbkreis einen Smiley daraus gemacht. In den grauen Gängen ist es dunkel, von den Wänden blättert die Farbe. Eine Frau mit langen, nassen Haaren und einem Handtuch über der Schulter schlappt den Gang entlang. Sie kommt von einer der vier Duschen, die sich über 50 Bewohner eines Stockwerks teilen. Es riecht nach Waschpulver und geschmortem Fleisch, aus einem Zimmer schallt blechern arabische Musik.

In Raum 112 beugt sich Olaide über die Hausaufgaben. Ideale Lernbedingungen sehen anders aus, trotzdem sind viele Flüchtlingskinder hochmotiviert. Bildungsexperten sprechen von „positiven Migrationseffekten“. Migranten und ihre Nachkommen hätten in der Regel eine höhere Bildungsmotivation als die einheimische Bevölkerung. Auch an der Schule von Olaide erzählen sie von einem Flüchtlingsjungen, der mit acht Jahren an ihre Schule kam. Jetzt, drei Jahre später, besucht er das Gymnasium.

**d**ie meisten Kinder sind ehrgeizig und lernen schnell“, sagt Olaides Förderlehrerin Miriam Scholz. Oft können sie inhaltlich problemlos folgen, nur Deutsch sprechen sie eben nicht. Für viele sei das frustrierend. In den ersten Wochen schubste und boxte Olaide seine Mitschüler, wenn er unzufrieden war. Ihm fehlten die Worte, um sich auszudrücken. „In solchen Fällen“, sagt Scholz, „ist es wichtig, mit den Eltern zu sprechen“. Olaide ist jetzt mit seinen Hausaufgaben fertig. Er zieht ein Blatt Papier aus seiner hellblauen Mappe und hält es seiner Mutter hin. Es ist eine Einladung zum Elternabend. Sie überfliegt es, gibt es ihm zurück und sagt: „I don't understand.“ //



„Zuwanderer“ sind willkommen, sofern sie nutzen. Menschen, die Elend und Not zu entfliehen versuchen, sollen bleiben, wo immer sie gerade herkommen. „Islamisierung“, „Überfremdung“, solche Vokabeln verdecken einen tief wurzelnden Mangel an Empathie, der sich auch in einem abweisenden Recht manifestiert. Gedanken über die Grenzen des „Eigenen“ - und warum das Ideal der Homogenität auch aus der Schule verbannt gehört.

## Schwarze Schafe

Chris Bleher

**d**rei weiße Schafe gegen ein schwarzes. Eines der weißen Schafe tritt das schwarze in den Hintern, so dass es hinausfliegt aus dem Territorium der weißen. Mit diesem Plakatmotiv machte die Schweizerische Volkspartei (SVP)

2007 erfolgreich mobil für ein Referendum zur „Ausschaffung“, also Abschiebung, „krimineller Ausländer“. Man kann darin auch jetzt, in Zeiten von Flüchtlingsnot und nationalistischem Abwehrreflex, die Grundfigur eines jeden rassistischen Denkens erkennen.

Solches Denken unterstellt ein scharf trennbares „Wir hier“ und „Die da“, wobei „Wir“ als gut und „Die da“ als schlecht imaginiert werden. Scharf getrennt sind auch die Territorien: Die weißen Schafe stehen auf dem roten Grund der Flagge, das schwarze Schaf fliegt hinaus ins Irgendwo. Das Eigene erscheint als das Bedrohte. Das Andere ist nicht einfach nur das Andere, so wie ein Tisch etwas anderes ist als ein Stuhl. Es ist das Andersartige, das Fremde, das Feindliche. Es muss weg. >



In den Wochen um den Jahreswechsel skandierten vor allem in Dresden Tausende „Wir sind das Volk“, durch die Morde in Paris fühlten sie sich nachträglich legitimiert. Wer sich als weißes Schaf definieren wollte, trat aus gegen das aktuelle schwarze Schaf – den Moslem. Der alte Trick, jenem Anderen ein Attribut wie „kriminell“ oder „radikal“ zu verpassen, stellt ihre Gesamtheit unter Generalverdacht (in Deutschland leben rund vier Millionen Muslime) und ignoriert, dass diese Unterscheidung überflüssig ist. Das Strafrecht ist ja ein allgemeines Recht, es gilt für Alle. Die Frage blieb: Wer ist dieses „Wir“?

### Wer ist wir? - „Mir san mir!“

In der Zeit vor der Wende wurde „Wir sind das Volk“ zunächst in Leipzig den uniformierten Hütern der DDR-Ordnung entgegengeschleudert, die ins Megaphon riefen: „Hier spricht die Volkspolizei!“ Betont wurde das „Wir“, um es der Obrigkeit streitig zu machen, die es vereinnahmt hatte. In Altbayern fällt die Antwort auf die Frage, wer „wir“ ist, seit jeher sehr schlicht aus: „Mir san mir!“ Soll heißen: „Wir sind die, die immer schon da waren, die sich immer schon so gekleidet, die immer schon so geredet haben.“ Die „Zuagrosten“, das sind die Anderen, die Einwanderer. Das ist in Bayern nicht unbedingt schlecht gemeint. Und doch ist es bezeichnend, wenn noch immer bayerische Pensionen „Fremdenzimmer“ anpreisen statt „Gästezimmer“..

Wie sehr auch das gemeinsame Ureigene fremd werden kann, wie sehr dieses „Mir san mir!“ zur geistigen Sackgasse werden kann, bewies im vergangenen Jahr eine Bauernfamilie aus dem oberbayerischen Landkreis Ebersberg. In einem Aufsehen erregenden Erbstreit erwirkte eine Altbäuerin gerichtlich, dass ihr Sohn mitsamt seiner Frau und den fünf Kindern den über zwölf Generationen vererbten Hof verlassen muss, und sollte der vor die Hunde gehen.

Wie trügerisch das „Wir“ im politischen Sinn ist, erfuhr in jungen Jahren der gerne als „Heimtdichter“ titulierte Oskar Maria Graf aus Berg am Starnberger See. Er spazierte lieber einsam als eingebürgerter Amerikaner in Lederhosen

durch New York, als in seine Heimat zurückzukehren, aus der er seiner sozialistisch-revolutionären Haltung wegen hatte fliehen müssen. Für ihn mag gegolten haben, was später Udo Lindenberg sang: „Heimat ist da, wo man Freunde hat.“ Der Deutschrocker hat seit gut 20 Jahren kein eigenes Heim, sondern eine Dauersuite im Hamburger Hotel „Atlantic“.

Der Präsident der USA kämpft derzeit einsam für ein Einwanderungsrecht, für ein Recht, das Millionen von „dokumentlosen“ Menschen in „einem Land von Einwanderern“ gleiche Rechte und Pflichten wie den US-Bürgern verschaffen würde. Auch hierzulande wird um ein Gesetz gestritten, das noch immer Zuwanderungsgesetz heißt – als gäbe es keine Einwanderung, als wäre die Bevölkerung Deutschlands nicht längst so vielfältig wie kaum ein anderes europäisches Land. Und es beruft sich auf das selbe Distinktionsmerkmal wie die Schafspropagandisten und einst jeder mittelalterliche Fürst: Das umfriedete Territorium.

Diejenigen, die für eine Umbenennung sind, egal ob in den USA oder in Bayern, sind das freilich nicht, weil sie überzeugte Multikulturalisten wären. In den USA geht es um Steuern, die nicht gezahlt werden, weil die Illegalen viele, vor allem niedere Arbeiten verrichten. Und hierzulande geht es um den immer deutlicheren Mangel an spezialisierten Arbeitskräften. Beides ist Pragmatismus, mit Empathie hat das nichts zu tun. Wie aber muss sich die junge syrische Mutter fühlen, wenn Bertelsmann-Stiftung und ifo-Institut einen Streit darüber entfachen, ob Migranten dem Land mehr bringen, als sie es kosten, oder umgekehrt. Diese Art von volkswirtschaftlichem Kalkül bleibt herzlos, egal ob unterm Strich ein Minus oder ein Plus steht.

**e**ntscheidend ist nicht nur, wer sich als „wir“ definiert, sondern auch, woher derjenige stammt, der Teil dieses „Wir“ werden will. Der dunkelhäutige, mittellose Nicht-Europäer ist ebenso unwillkommen wie Menschen aus manchen EU-Staaten. Die haben zwar das Recht einzuwandern, kommen aber aus dem falschen europäischen Land, nämlich aus dem bitterarmen Rumänien oder >

Wie muss sich die junge Flüchtlingsmutter fühlen, wenn darüber gefeilscht wird, ob sich Migranten für das Land lohnen



oben: Fremde: Wo kommen sie her, wo gehen sie hin?

Bulgarien. Unwillkommen sind auch jene Afrikaner, die nichts besitzen außer ihr Menschenrecht. Das können sie hierzulande nicht einklagen. Um Asyl beantragen zu dürfen, müssten sie erstmal die europäische Grenzschutz-Agentur Frontex austricksen, Nato-Stacheldraht überwinden und einen Fuß auf deutschen Boden kriegen. Die Syrerin, der Iraker, sie sind der „Homo Sacer“, wie der italienische Philosoph Giorgio Agamben den vogelfreien, auf seine nackte Existenz zurückgeworfenen Menschen in Anlehnung an altes römisches Recht nennt. Die europäischen Grenzen sind offen für Geld, Waren und Rohstoffe, sie sind dicht für Menschen ohne Mittel und Papiere. Der bürgerliche Reisende zahlt für die Fährfahrt von Tunis nach Palermo 64 Euro, der Flüchtling aus Syrien, dem Sudan, aus Mali zahlt auf der selben Strecke tausende von Dollar und schlimmstenfalls mit seinem Leben.

### Wer ist ich? – „ICH ist ein anderer“

Wenn man den Blick auf das „Wer“ richtet, kann man erkennen: Ausländerfeindlichkeit gilt in Wirklichkeit nicht dem Faktum, dass jemand Ausländer ist. Der Schweizer Verleger, die Geschäftsfrau aus Mailand, sie sind Ausländer, aber werden deswegen nicht angepöbelt. Und die Touristen aus Tokio oder Peking werden allenfalls belächelt, aber nicht angefeindet. Der Grund für diese Ungleichbehandlung ist offensichtlich: Die einen bringen Geld, die anderen könnten welches beanspruchen. Ausländerfeindlichkeit ist häufig Armenfeindlichkeit. Es ist die Angst der „Etablierten“, wie der Konfliktforscher Andreas Zick sagt, abzusteigen. Meisterhaft in Szene gesetzt hat diese Angst der italienische Regisseur Gianni Amelio in seinem Sozialdrama „Lamerica“: Der reiche und gerissene Italiener Gino wird zum verlumperten, identitätslosen Albaner, zum Teil des Stroms von bettelarmen Armutsauswanderern – einfach weil er beim Versuch, im nachkommunistischen Albanien eine Scheinfabrik zu gründen und Subventionen abzugreifen, seinen Pass verliert.

Das „Wir“ der Nation konstituiert sich über den wirtschaftlichen Raum - oder über Zugehörigkeit qua Geburt. Die erste Variante führt zu einer multikulturellen Gesellschaft - die so rassistisch sein kann, wie es die amerikanische noch immer ist. Die zweite kann zu einem Hurra-Patriotismus führen, der wie in Ungarn ins Faschistische lappt. In einer solchen Ideologie wird das Fremde rundweg zum Feindlichen erklärt. So selbstgewiss wie tumb rechtfertigte dieses Denken der Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt, ein geistiger Erbe von Thomas Hobbes („Der Mensch ist des

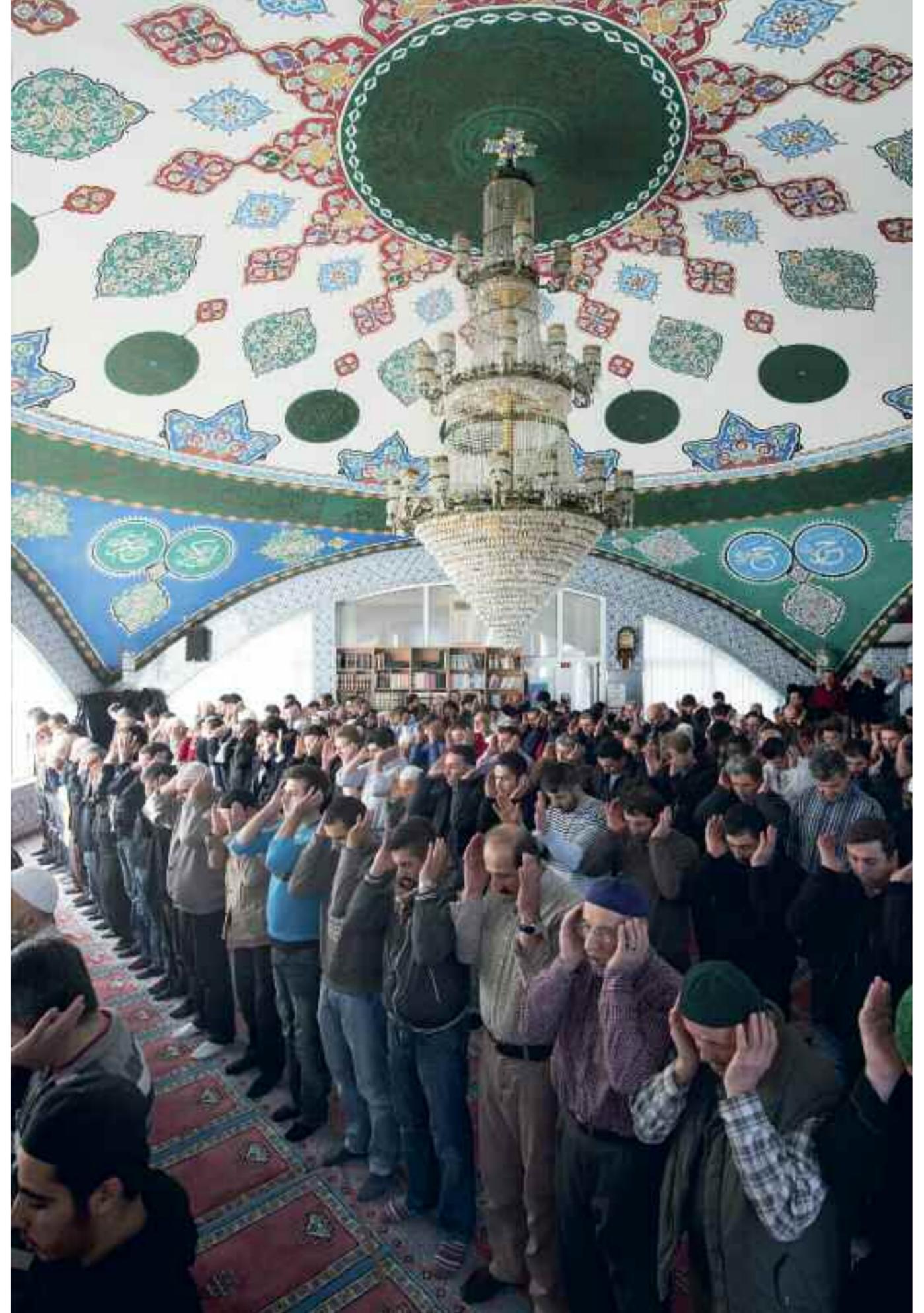
Menschen Wolf“) und Macchiavelli („Die Kunst des Krieges“). Er unterschied in seiner Kampfschrift „Vom Begriff des Politischen“ 1933 axiomatisch „Freud“ und „Feind“, und legte das Fundament für das Recht einer „um ihre Existenz kämpfenden Gesamtheit von Menschen“, ihre „eigene Existenz zu verteidigen und das eigene Sein zu wahren“.

Das „Eigene“ wird bei Schmitt und all seinen früheren und späteren Geistesverwandten kollektivistisch gedacht – das Kollektiv als Herde von Schafen. Gemeinschaft besteht aus Individuen. Wer aber sagt da „ich“ zu sich? Der Dichter Rimbaud beantwortete diese Frage mit seinem Diktum „ICH ist ein anderer“. Damit versprachlichte er die existenzielle Erfahrung von Fremdheit. Wie der Philosoph Bernhard Waldenfels in der „Topographie des Fremden“ anschaulich macht, ist der Mensch von Anfang an nicht „völlig bei sich zu Hause“. Schon die Geburt ist nicht von uns selbst verursacht, dementsprechend ist der „Eigename“ ein „Fremdname“, von anderen gegeben. Das Gewährwerden des Fremden, vielleicht sogar Befremdlichen an oder in einem selbst, führt zu literarischen Werken wie Kafkas „Verwandlung“, in dem sich Gregor Samsa eines morgens in seinem Bett als Insekt wiederfindet.

Wer sich jemals fremd gefühlt hat in der eigenen Haut, im eigenen Haus oder weit weg davon, kann sich bewusst geworden sein, wie zerbrechlich das Leben als Einzelner ist. Umso wichtiger, einer Gemeinschaft anzugehören, die die Eigenheit respektiert und sogar fördert, die in der Vielfalt einen grundlegenden Wert erkennt. Eine Politik, die ernst macht mit diesem Anspruch, die dem Einzelnen und damit auch dem je Eigenen gerecht werden will, darf nicht dem Traum von der Homogenität nachhängen, indem sie unterschiedliche Schularten aufrecht erhält und mit vermeintlich jeweils Gleichen auffüllt. Sie muss dafür sorgen, dass das Eigene und das Andere sich nahe kommen können, und das Wissen voneinander trübe Generalisierungen verhindert.

**u**mso fataler, wenn rigide Klassifizierung im Alter von neun bis zehn Jahren passiert. Das ist das Alter, in dem der Mensch das Gefühl verliert, eins zu sein mit der Welt. In dieser Phase werden Kinder in sich gekehrt, fühlen sich einsam und beschäftigen sich häufig mit dem Tod. Ihnen gerade in diesem Alter einen Notenschnitt aufzuprägen und sie aus ihrer Gemeinschaft herauszureißen, bedeutet, sie hineinzustoßen in die Fremdheit. Viele müssen sich fühlen wie das schwarze Schaf. //

rechts: Gefahr für das „Eigene“? Freitagsgebet in der Haci Bayram-Moschee in München-Pasing





## Warum es ein Kindergrundrecht im Grundgesetz braucht

**K**

indergeschichten können sehr lustige Geschichten sein, wie die Lausbubengeschichten von Ludwig Thoma; Kindergeschichten können dunkle Zerstörungsgeschichten sein, wie die vom „weißen Band“. So heißt ein Film, der vor ein paar Jahren in den Kinos zu sehen war. Diese Geschichte spielt in einer Zeit, als die Kinder ihre Eltern siezten und ihrer Frau Mutter und ihrem Herrn Vater Handküsse zur guten Nacht gaben; das Wort „elterliche Gewalt“ war damals noch im Wortsinn zu verstehen. Der Film handelt also von unerbittlicher Moral und von einem autoritären, kinderfeindlichen Zeitgeist. Der Film spielt in einem Dorf in Norddeutschland, in dem der scheinheilige Pastor seine Kinder misshandelt und ihnen als Mahnung zur Tugend das „weiße Band“ um den Oberarm bindet. Die Geschichte zeigt dann, was so zugerichtete Kinder dann anrichten können. Es sind dunkle Geschichten.

Die dunkelsten Geschichten heutzutage haben Flüchtlingskinder hinter sich. Ein Drittel aller nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche; 70 000 Flüchtlingskinder leben mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland. Neun von zehn Kindern fliehen mit ihren Eltern nach Deutschland, eines kommt allein. In den Erstaufnahme-Einrichtungen gibt es viel zu wenig Betreuer. Die wenigen Flüchtlingskinder, die in einem Kindergarten unterkommen, malen Maschinengewehre, Kampfhubschrauber und tote Soldaten; das kennzeichnet die Situation in ihren Herkunftsländern. Bundesweit fehlen Schulplätze für Flüchtlingskinder ohne deutsche Sprachkenntnisse. Richtlinien für Kinder im Asylverfahren gibt es bisher nicht. Kinderspezifische Fluchtgründe spielen derzeit keine Rolle: Zwangsverheiratung, Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten, Kinderprostitution. Der derzeitige Umgang mit Flüchtlingskindern verstößt massiv gegen die UN-Kinderrechtskonvention als in Deutschland und Europa geltendes Recht – ist also krass rechtswidrig.

Man braucht Klein- und Willkommens- und Übergangsklassen für Flüchtlingskinder; man braucht mehr Schulsozialarbeiter und mehr Dolmetscher. Die Sozialverwaltung muss zusammen mit der Schulverwaltung ein Unterbringungskonzept für Flüchtlingsfamilien entwickeln, das die Bedürfnisse von schulpflichtigen Kindern berücksichtigt. Flüchtlingskinder brauchen Betreuung in Hort und Kita. Schulpflichtige Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Einschulung, darum muss ihre Einschulung erleichtert werden. Bei Flüchtlingskindern müssen also die Behörden nicht da-

rauf herumreiten, dass Geburtsurkunde und Zeugnisse vorgelegt werden müssen. Die allgemeine Schulpflicht gilt auch für Flüchtlingskinder.

Um diesen Forderungen Gewicht zu geben, braucht es ein Kindergrundrecht im Grundgesetz. Wie sähe so ein Kindergrundrecht aus? In drei Sätzen so – erster Satz, als Leitsatz: „Der Staat schützt die Kinder.“ Zweiter Satz: „Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“ Dritter Satz: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Satz zwei entspricht dem Satz, der im Grundgesetz zum Schutz der Mütter formuliert ist. Satz drei ist identisch mit der Formulierung der Kinderrechtskonvention; er hebt diese in Verfassungsrang.

### Kinder haben keine Asylrechte

Gewiss: Als Sofortprogramm gegen Gewalt ist so ein Kindergrundrecht untauglich. Es ist auch keine erste Hilfe gegen die Ignoranz von Behörden. Ein Kindergrundrecht ist kein Schutzschild, aber: Es ist ein Fundament, auf dem gute Kinderpolitik gedeihen kann. Ein solches Grundrecht nimmt den Staat anders in die Pflicht als bisher. Das Kindergrundrecht ist eine notwendige Selbstverpflichtung der Gesellschaft. Der deutsche Gesetzgeber aber zielt sich so, wie er sich bei der UN-Kinderrechtskonvention geziert hat: Deutschland hat diese Konvention aus dem Jahr 1989 zwar schon 1990 unterzeichnet, sich aber dann mit der Ratifizierung erst einmal bis 1992 Zeit gelassen – und dann zugleich einen großen „Vorbehalt“ erklärt, der alle heiklen Punkte ausspartete: Zumal im Asyl- und im Ausländerrecht wollte man die Kinderrechtskonvention nicht gelten lassen. Den unbegleiteten Flüchtlingskindern sollten keine Rechte daraus erwachsen. Und so erklärte die Bundesrepublik 1990 schandvollerweise, dass die Kinderrechtskonvention in Deutschland keine unmittelbare Anwendung finden solle. Erst 2010 wurde diese Vorbehaltserklärung aufgehoben, seitdem gilt die Kinderrechtskonvention in Deutschland im Rang eines einfachen Gesetzes. Aber im Asylrecht hat das noch keinerlei Folgen gehabt. Es gibt, wie gesagt, keine speziellen Asylrechte für Kinder. Die Kinderrechtskonvention ist zwar Gesetz, fristet aber ein Schattendasein in Deutschland. Das Kindergrundrecht im Grundgesetz würde sie aus diesem Schattendasein holen. //

\*Der Autor ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Ressortleiter Innenpolitik



**Antonia Veramendi, Leiterin der Münchner SchlaU-Schule für junge Flüchtlinge, über lernbegierige Schüler, bürokratische Hürden und die Angst vor Abschiebung.**

# S

schlaU-schule

## „Ohne Traumapädagogik wäre unsere Arbeit gar nicht möglich“

Interview: Theresa Authaler

Frau Veramendi, in welcher Situation sind die Schüler, wenn sie an Ihre Schule kommen?

Die Lebensbedingungen sind oft katastrophal. Einige wohnen noch in Gemeinschaftsunterkünften, teilen sich zum Beispiel ein Zimmer mit sechs Erwachsenen, die keinen geregelten Alltag haben. Da sollen sie dann lernen und regelmäßig ihre Schulaufgaben machen. Eigentlich ist es für einen Menschen unmöglich, das zu schaffen.

Wie steht es um die Asylverfahren der Schüler?

Ganz viele Schüler sind nicht sicher, ungefähr die Hälfte befindet sich noch im laufenden Verfahren, von der anderen Hälfte ist etwa ein Viertel anerkannt. Und die anderen haben schon die Ablehnung ihres Asylantrags erhalten. Sie haben dann nur noch eine Duldung, und die muss ständig erneuert werden. Gestern ist ein Schüler von uns abgeschoben worden. Er war erst fünf Wochen bei uns, zu kurz, als dass wir viel über sein Asylverfahren in Erfahrung hätten bringen können. Es war das erste Mal in der Geschichte der Schule, dass ein Schüler abgeschoben wurde. Alle sind jetzt in großer Sorge. >

Was bedeutet eine solche Erfahrung für das Schulleben und die Arbeit Ihres Teams?

Die Angst der Schüler vor Abschiebung ist enorm hinderlich, wenn nicht sogar kontraproduktiv. Das läuft auch völlig konträr zur Traumapädagogik, wo es darum geht, wieder sichere Perspektiven zu bilden und einen sicheren Raum zu schaffen. Letztendlich hat die Abschiebung Auswirkungen auf die ganze Schule. Viel hängt von Vertrauen ab. Die Jugendlichen haben viel Schlimmes erlebt, in ihren Heimatländern, auf der Flucht, auch hier. Und wenn wir ihnen keine Sicherheit mehr geben können, weil sie sich von uns auch nicht mehr geschützt fühlen, dann fehlt die Basis unserer pädagogischen Arbeit.

So wie sie die Situation beschreiben, kommt nun auch auf die Lehrer eine schwierige Zeit zu. Welche Ausbildung bringen Ihre Kollegen mit, haben zum Beispiel alle eine Trauma-Schulung durchlaufen?

Alle Lehrer der SchlaU-Schule sind in Traumapädagogik geschult. Ohne das wäre unsere Arbeit gar nicht möglich. Der psychosoziale Zustand der Schüler ist oft katastrophal. Keiner von ihnen wollte fliehen, äußere Gegebenheiten haben sie gezwungen. Sie haben einen hohen Leidensdruck, hier in der Fremde zu sein. Die meisten unserer Schüler sind unbegleitet, das heißt sie haben hier keine Angehörigen.

Was zählt noch zu den Kompetenzen der SchlaU-Lehrer?

Auch die anerkennende Pädagogik ist bei uns wichtig. Das bedeutet, stark verkürzt, so viel wie: „Es ist normal, anders zu sein.“ Außerdem bilden wir uns regelmäßig über die rechtliche Situation und die Alltagssituation von jungen Flüchtlingen fort. Ganz banal könnte man auch sagen: Die Lehrer müssen eine ganz große Zugewandtheit und ein echtes Interesse an den Jugendlichen haben.

Die SchlaU-Schule hat große Erfolge zu verbuchen. Fast alle Schüler schaffen den Abschluss.

Ja, den Abschluss schaffen in der Regel alle Schüler, wir haben eine Quote von 98 Prozent. Das betrifft den erfolgreichen und den qualifizierenden Mittelschulabschluss. Probleme haben wir allerdings bei der Vermittlung an die weiterführenden Schulen. Oft scheitern die Schüler an Altersgrenzen, bei der Prüfung der mittleren Reife dürfen sie zum Beispiel höchstens 20 Jahre alt sein. Die Schüler haben durch die Flucht viele Jahre verloren. Es ist fürchterlich zu sehen, wie jemand gerne lernt, da all seine Lebenskraft hineinsteckt und dann an einer Altersgrenze scheitert. Dass die Politik das endlich ändert, wäre mir ein großes Anliegen.

Wie gut funktioniert die Vermittlung der Jugendlichen in Ausbildungsplätze?

Das kann man nicht pauschal sagen. Es gibt einige Betriebe, die gezielt auf uns zukommen und nach Auszubildenden suchen. Wir setzen stark auf die persönlichen Kontakte. Manche Arbeitgeber haben aber auch Zweifel. Und Tatsache ist: Nicht alle Schüler können fließend Deutsch. Die Fachsprache ist oft sehr anspruchsvoll für sie, manchmal kommt der Dialekt in einer Region hinzu.

Sind die Betriebe auch interessiert, wenn der Aufenthalt noch nicht endgültig geklärt ist?

Hier legen die Behörden Steine in den Weg. Ein Jugendlicher, der keinen festen Aufenthalt hat, muss jederzeit damit rechnen, dass er die Ausbildung abbrechen und ausreisen muss oder dass er abgeschoben wird. Die Arbeitgeber müssen unterschreiben, dass sie das in Kauf nehmen. Ein Betrieb, der nicht sicher sein kann, dass die Ausbildung auch zu Ende gebracht wird oder dass er den Azubi danach übernehmen kann, geht ein enormes Risiko ein.

Wie geht es Ihren ehemaligen Schülern heute, haben Sie zu manchen noch Kontakt?

Wir wissen von ganz vielen Schülern, was sie heute machen, weil wir Nachbetreuung leisten. Ein Schüler zum Beispiel kommt immer wieder bei uns vorbei. Er ist inzwischen 23 und Glaser. Er ist fast schon der Stiefsohn seines Chefs geworden und hat im Betrieb viele Aufgaben übernommen. Neulich stand ich zufällig neben ihm an der Ampel und sah ihn in dem Glaser-Auto sitzen. Der ehemalige Schüler, gerade unterwegs zu einem Kunden, mitten im Leben. Das war total schön.

Sie stehen Ihren Schülern nah. Wie schaffen Sie es, abzuschalten – gerade in sorgenvollen Zeiten?

Das muss man lernen, auch ganz bewusst. Dafür ist das Team wahnsinnig wichtig.

Hat das auch an dem Tag funktioniert, als der Schüler abgeschoben wurde?

Nein, das hat natürlich Grenzen. Es gibt Tage, an denen man dennoch etwas mit nach Hause nimmt. Aber das soll nicht die Regel sein, und da müssen wir auch im Team füreinander sorgen. Und wir müssen entsprechende Strukturen schaffen, zum Beispiel regelmäßige Supervision. Den Tag der Abschiebung werden wir morgen auf jeden Fall nochmal intensiv nachbesprechen, um auch die Belastungen, die das ausgelöst hat, aufzufangen. //



Leid und Freude liegen in einer SchlaU-Klasse stets nah beisammen. Manche der Schüler teilen sich in einer Gemeinschaftsunterkunft ein Zimmer mit sechs Erwachsenen, die Hausaufgaben bleiben da schon mal unerledigt.

## Die SchlaU-Schule

Im Jahr 2000 gründete Michael Stenger den Trägerkreis junge Flüchtlinge, aus dem die SchlaU-Schule hervorging. Die Abkürzung SchlaU steht für "schulanaloger Unterricht für junge Flüchtlinge". Die Schule, die seit 2004 vom Bayerischen Kultusministerium anerkannt ist, soll jungen, meist unbegleiteten Flüchtlingen Zugang zu Bildung ermöglichen. Innerhalb von zwei bis drei Jahren lernen die Schüler dort Deutsch und erlangen den Mittelschulabschluss.

Die SchlaU-Schule ist mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem 2014 mit dem Deutschen Schulpreis. Im Juli 2013 gab Stenger den Posten des Schulleiters ab, um sich auf die Arbeit im Trägerkreis zu konzentrieren. Seine Nachfolgerin Antonia Veramendi war bereits zu Gründungszeiten Lehrerin an der Schule. Doch ihr Engagement für Flüchtlinge begann viel früher, bereits als 16-Jährige gab sie Kindern im Asylheim Nachhilfestunden. ta

# S

leitartikel

Fritz Schäffer\*

## Maßlose Überforderung

Die wachsende Anzahl von Flüchtlingen schlägt in voller Wucht auf die Pflichtschulen durch. Zwar wurde die Zahl der Übergangsklassen um ein Vielfaches vergrößert, doch diese Maßnahme reicht nicht aus, um den vielen ankommenden Flüchtlingskindern gerecht zu werden. Die Schulen stehen vor einer Reihe großer Herausforderungen: Da ist die Sprachbarriere. Und der laufende Zuzug von Kindern führt dazu, dass mitten im Schuljahr Klassen neu gebildet oder Kinder in bereits gebildete Klassen aufgenommen werden müssen.

Und: Die betroffenen Kinder sind extrem unterschiedlich. Ähnlich sind sie sich nur darin, dass sie fast alle in schwierigen sozialen Verhältnissen leben. Einige sind ohne Eltern ganz auf sich allein gestellt oder sind traumatisiert. Häufig fehlen didaktisches Unterrichtsmaterial und Arbeitsmaterialien. Vielfach müssen Lehrkräfte ohne Qualifikation in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) den Unterricht übernehmen.

So sind die Schulen vollkommen überfordert. Mit zwei Konsequenzen:

1. Sie können ihrem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden, weder für die ankommenden Flüchtlingskinder, noch für die in der Klasse angestammten Kinder. Die Förderung der einen darf aber nicht zu Lasten der anderen gehen. Die Umschichtung von Förderstunden reißt schmerzliche Lücken in das Förderangebot.
2. Die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer sind überfordert, sie werden über Gebühr belastet.

Egal, ob die Kinder – wie vor allem in ländlich strukturierten Gebieten – in Regelklassen aufgenommen und besonders gefördert werden, oder ob Sie – eine gleichrangige Lösung – in Übergangsklassen unterrichtet werden: Beide Systeme bedürfen einer ausreichenden Ausstattung und Rahmenbedingungen. Konkret:

- Ein Fonds von 5 Millionen Euro muss einen Mindeststandard für die Ausstattung der Schulen unabhängig von deren Finanzkraft garantieren. In Übergangsklassen braucht es Team-Teaching mit 15 zusätzlich auszuweisenden Stunden, eine Höchstgrenze von 16 Schülern und im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule mindestens 10 Stunden für jeden Übergangsklassenstandort für Differenzierung.
- Regelklassen müssen mindestens eine Lehrerwochenstunde je Flüchtlingskind zugewiesen bekommen, für die Berechnung der Verwaltungsangestellten wird jede angefangene Schülergruppe von 10 Schülern wie eine Klasse gezählt. Die zur Verfügung gestellten Ressourcen müssen den zu erwartenden Anstieg im Laufe des Schuljahrs bereits einkalkulieren.

Eine bessere Ausstattung allein reicht freilich nicht. Lehrkräfte brauchen Angebote zur Nachqualifikation, kurzfristig durch die Ausweitung der qualifizierten Fortbildungsangebote für DaZ und ein eigenes Modul für didaktisches Begleitmaterial auf LIS, langfristig durch die Steigerung der Attraktivität von DaZ für Studierende sowie die Aufnahme von DaZ-Grundkompetenzen in alle Lehramtsstudiengänge. Auf Schulamts- und Bezirksebene müssen Koordinatoren mit entsprechender Ausstattung benannt werden, die die Schulen vor Ort unterstützen, etwa durch Angebote von Supervision und Erfahrungsaustausch sowie Materialbörsen und das Einstellen von Übersetzern. //

\*Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik



AKADEMIE



### Nachhaltige Fortbildungen

### SEMINARVORSCHAU

#### für Sie persönlich und Ihr Kollegium

#### MÄRZ BIS APRIL 2015

Die Hattie-Studie unterstreicht die Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für die Schüler-Lehrer-Beziehung und den Lernerfolg. Nicht nur aus diesem Grund bieten wir neben fachlichen persönlichkeitsorientierte Fortbildungen an. Wir möchten, dass Sie Ihren Beruf mit viel Freude, Motivation und Befriedigung ausüben.

#### Seminare

##### Praxisnah – Persönlich – Kompetent

Unsere Schwerpunkte 2015 sind Lernen, Gesundheit, Studierende und Berufseinsteiger/innen. BLLV-Mitglieder zahlen bei allen Seminaren weniger.

#### SchiLF

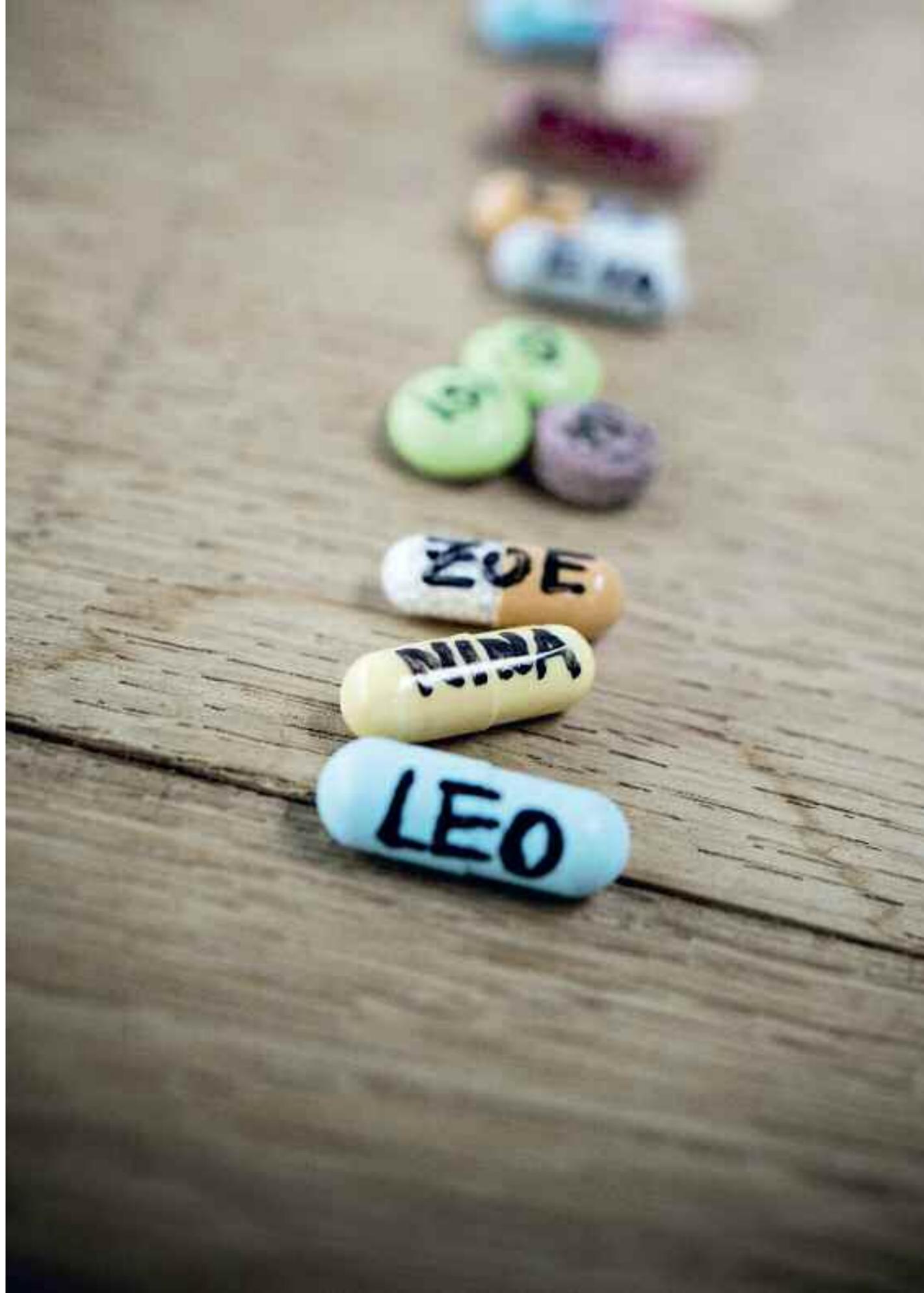
##### Dezentral – Professionell – Individuell

Stellen Sie sich Ihren Weiterbildungstag an Ihrer Schule zusammen – an einem Termin Ihrer Wahl. Ihre Erwartungen und Ihr Kenntnisstand werden berücksichtigt. Wir kümmern uns um die Organisation, Sie konzentrieren sich auf die Inhalte.

Ausführliche Infos, Referenzen und Anmeldung:  
[www.akademie.bllv.de](http://www.akademie.bllv.de)

Für die Anerkennung als eine die staatliche Lehrerbildung ergänzende Maßnahme ist der Dienstvorgesetzte verantwortlich. Dienstbefreiung kann beantragt werden.

- 2015 05 **Konfliktmanagement kompakt**  
**Krisen im Schulalltag professionell managen**  
03.03.2015, MÜNCHEN
- 2015 06 **Rhetorik in Konfliktsituationen**  
(In Kooperation mit der Georg-von-Vollmar-Akademie)  
**Schwierige Gespräche führen, mit Ärger umgehen, Kritik äußern**  
06.03.2015, KOCHEL
- neu 2015 08 **Praktische Leistungsnachweise in der Grundschule**  
**Überblick und realisierbare Tipps**  
11.03.2015, MÜNCHEN
- 2015 07 **Mehr Respekt bitte!**  
**Herausforderungen von Kindern richtig begegnen**  
16.03.2015, MÜNCHEN
- 2015 10 **Zivilcourage zeigen! Eingreifen statt Wegschauen in Konfliktsituationen**  
(In Kooperation mit der Georg-von-Vollmar-Akademie)  
20.03.2015, KOCHEL
- 2015 11 **Mit Humor entspannter durch den Schulalltag**  
**Souverän in jeder Situation**  
21.03.2015, MÜNCHEN
- 2015 12 **Politik – Macht – Schule**  
(In Kooperation mit der Georg-von-Vollmar-Akademie)  
**Erfolgreich Schulpolitik gestalten**  
17.04.2015, KOCHEL
- neu 2015 13 **Jetzt konzentrier dich mal!**  
**Aufmerksamkeits- und Konzentrationsfähigkeit gezielt fördern**  
21.04.2015, MÜNCHEN
- 2015 14 **Stimme und Körpersprache gekonnt einsetzen**  
**Kompaktseminar Sprecherziehung für Lehrkräfte und Erzieher/innen**  
25.04.2015, MÜNCHEN



# „Und

vergessen Sie nicht die Tabletten!“

Hans-Peter Etter\*

Lehrkräfte sollen doch bitteschön sicherstellen, dass kranke Schüler pünktlich ihre Medikamente einnehmen. Am besten, sie verabreichen sie gleich selbst. Wer solchen Forderungen von Eltern oder Vorgesetzten nachkommt, macht sich haftbar. Statt über die Rechtslage aufzuklären und eindringlich zu warnen, appelliert das Kultusministerium an die Hilfsbereitschaft.

links: Bonbon-Ausgabe? Kranken Schülern ihre Medikamente zu verabreichen, kann vor Gericht führen.

\*Verbandspolitischer Leiter der Rechtsabteilung des BLLV

An einer Schule fordern Eltern nachdrücklich, unter bestimmten Umständen bei ihrem Kind medizinische Maßnahmen vorzunehmen. Die Schulleiterin bittet den betroffenen Lehrer, dem Wunsch zu entsprechen. Der erkundigt sich in der Rechtsabteilung des BLLV, ob man ihn zu einer solchen Tätigkeit verpflichten kann. Auf den Rat hin, eine schriftliche dienstliche Weisung einzuholen, wendet sich der Kollege an die Bezirksregierung und bekommt folgende Auskunft: Dienstliche Weisungen werden nicht gegeben, aber auf freiwilliger Basis könne der Lehrer dem Wunsch der Eltern selbstverständlich entsprechen.

Als er den Vorgesetzten mitteilt, dass er sich unter Druck gesetzt fühle, droht man dem Kollegen, das Kind in eine Parallelklasse zu setzen, die dortige Lehrkraft sei dazu ohne weiteres bereit. Was nicht weiter erstaunlich ist: Sie ist noch nicht verbeamtet.

Immer wieder werden Lehrkräfte mit Forderungen von Erziehungsberechtigten konfrontiert, bei ihren Kindern während des Unterrichts oder sonstiger schulischer Veranstaltungen medizinische Maßnahmen vorzunehmen beziehungsweise Medikamente zu verabreichen. Die BLLV-Rechtsabteilung bekommt täglich entsprechende Anfragen. Und wegen des Anspruchs auf Inklusion werden es noch mehr werden. Blutzuckerspiegel ablesen, Broteinheiten berechnen, eine Autoinjektion setzen, eine Haftschiene einsetzen oder in einem Fall sogar das Einführen eines Zäpfchens – all das und manches mehr wurde bereits verlangt.

## „Und bitte das Zäpfchen einführen“

Die Unsicherheit ist groß, denn noch bis vor kurzem hat das Kultusministerium behauptet, medizinische Maßnahmen durchzuführen gehöre zu den Dienstpflichten. Dabei gilt schon seit einem höchstrichterlichen Beschluss vom 18. Mai 2010: Es gibt keinen Anspruch auf Durchführung medizinischer Hilfsmaßnahmen durch Lehrkräfte. Rechtsgrundlage ist nach wie vor die Feststellung: Lehrkräfte sind für derartige Maßnahmen weder vorbereitet noch ausgebildet, sie können also weder dazu verpflichtet werden, zu kontrollieren, ob Medikamente eingenommen worden sind, noch können sie sie direkt verabreichen.

Die Kultusministeriellen Bekanntmachungen vom 26. Juli 2005 und vom 26. April 2007 bezeichneten im krassen Wider-

spruch dazu in allgemeinen Leitlinien die Verabreichung von Medikamenten oder das Überwachen unter bestimmten Voraussetzungen als eine Dienstpflicht. Tatsächlich ist eine solche Pflicht nicht einmal in der Lehrerdienstordnung aufgeführt. Nach Einschätzung des BLLV wäre dies auch rechtswidrig. Erst vor kurzem ist das Ministerium von den damals verbreiteten Positionen abgerückt – allerdings ohne dies öffentlich zu machen (Stand: Dezember 2014). Nach wie vor werden die Lehrerinnen und Lehrer weder über die Risiken einer unter Umständen falschen medizinischen Maßnahme aufgeklärt, noch wird ihnen die Rechtssituation erläutert. Stattdessen wird mehr oder weniger an die Freiwilligkeit appelliert und moralischer Druck ausgeübt.

Das kann sich so lesen:

- „Jedoch gehört neben der allgemeinen Pflicht zur Hilfeleistung nach § 323c StGB für Lehrkräfte eine gesteigerte Hilfeleistung gegenüber den anvertrauten Kindern.“
- „Es ist unbedingt zu beachten – je nach vorzufindender Konstellation – sowohl die Verabreichung von Medikamenten als auch das Unterlassen dieser Verabreichung in zivilrechtlicher und strafrechtlicher Hinsicht Folgen für die Lehrkraft haben kann!“
- „Unbenommen bleibt die Möglichkeit, mit einer Lehrkraft auf freiwilliger Basis eine Vereinbarung darüber zu treffen, welche medizinischen Hilfsmaßnahmen diese (ggf. im Notfall) nach Vorlage einer hinreichend präzisen ärztlichen Verordnung durchführen soll...“

**Z**ur Absicherung empfiehlt das Ministerium, sich neben der ärztlichen Verordnung von den Erziehungsberechtigten einen „Haftungsausschluss“ geben zu lassen. Ebenso soll sich die Lehrkraft bei ihrer Haftpflichtversicherung informieren, ob diese bei Fehlern eventuelle Kosten trägt.

Die BLLV-Juristen warnen: Ein solcher „Haftungsausschluss“ wird weder strafrechtlich noch zivilrechtlich wirksam sein. Und auf Anfrage der Rechtsabteilung erklärte die Diensthaftpflichtversicherung erwartungsgemäß, dass solche Maßnahmen niemals zu den Dienstpflichten einer Lehrkraft gehören können, schon weil sie nicht dazu ausgebildet sei. Somit habe „selbstverständlich immer die Lehrkraft im Rahmen ihrer Dienstausbildung die Kosten zu tragen, egal, ob sie

fahrlässig oder grobfahrlässig gehandelt hat“. Fakt ist: Die Diensthaftpflichtversicherung übernimmt Kosten nur, wenn die Fehler bei der Dienstausbildung passiert sind.

## Die Gesetzliche zahlt nicht

Auch die gesetzliche Schülerunfallversicherung greift nicht. Schülerinnen und Schüler sind grundsätzlich gegen Gesundheitsschäden versichert, ist es aber eine Lehrkraft, die bei medizinischen Maßnahmen einen folgenschweren gesundheitlichen Schaden verursacht, werden die Kosten nicht übernommen. Der Bundesverband der Unfallkassen vertritt die Ansicht, dass „die Einnahme von Medikamenten und die Durchführung von medizinischen Hilfsmaßnahmen dem privaten Bereich der Schülerinnen und Schüler zuzuordnen ist“. Das gelte auch, „soweit Lehrkräfte die Medikamente verabreichen oder andere medizinische Maßnahmen durchführen“. Damit sei der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung „für Schülerinnen und Schüler ebenso wie für Lehrkräfte ausgeschlossen“.

Auch das sichere Aufbewahren in verschlossenen und für andere unzugänglichen Schubladen oder Schränken oder gar in Kühlschränken kann nicht die Lehrkraft gewährleisten. Bei manche Medikamenten wäre außerdem das Verfallsdatum im Auge zu behalten, wieder andere unterliegen aufgrund ihrer Gefährlichkeit dem Betäubungsmittelgesetz, da gelten weitere Sonderauflagen. Ganz abgesehen davon, dass auch Mobile Reserven oder Fachlehrkräfte mit allen Maßgaben der jeweiligen Medikamentengabe vertraut gemacht werden müssten.

## Eltern klagten wegen verpasstem Quali

Wer trotz alledem den Wünschen von Eltern oder dem Drängen von Vorgesetzten nachgibt, dem kann es ergehen wie im folgenden Fall: Eine Lehrkraft erklärte sich bereit, die starken Konzentrationstabletten eines Schülers sicher aufzubewahren und sie ihm jeweils zu einer bestimmten Zeit am Vormittag auszuhändigen. An manchen Tagen versäumte sie dies. Der Schüler schaffte den Quali nicht, die Eltern forderten eine Wiederholungsprüfung. Es sei ja die Schuld der Schule, dass er sich in der Prüfung nicht habe konzentrieren können. Gegen die Schulleiterin läuft derzeit eine Dienstaufsichtsbeschwerde, weil sie ihre Überwachungspflicht und Aufsichtspflicht gegenüber der Lehrkraft verletzt habe. //

Akut Hilfe leisten – das ist nicht das Problem. Jede Pädagogin und jeder Pädagoge wird in einer Notsituation alles daran setzen, das Leben eines anvertrauten Kindes zu retten. Schwierig wird es, wenn Lehrkräfte mehr oder weniger regelmäßig zu medizinischen Maßnahmen greifen sollen, ohne dass die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Und vollends schwierig wird es, wenn Vorgesetzte Lehrkräfte moralisch unter Druck setzen, die erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Solange das KM nicht die rechtlichen Grundlagen schafft, muss man sich anders behelfen: Entweder kommen die Eltern oder nahe Familienangehörige in die Schule und übernehmen die Maßnahme, oder es wird ein Schulbegleiter abgestellt.

Die Politik will die Inklusion umsetzen, aber nicht die Mittel bereit stellen. Neben einer erheblich höheren Personalausstattung (unter anderem MSD), Weiterbildung, entsprechender Lehrerbildung und räumlichen Voraussetzungen an Schulen braucht es auch Personal, das medizinisch eingreifen kann. In anderen Ländern sind etwa Krankenschwestern an Schulen eine Selbstverständlichkeit. **hpe**



## Keine Angst vor Stillstand

### Höhere Besoldung und weitere Verbesserungen

Dietmar Schidleja\*

links: Nicht mehr alle Gondeln am Rad? Wer wegen Krankheit nur noch Teilzeit arbeiten kann, soll Zuschläge bekommen.

**d**ie Besoldung begrenzt Dienstfähiger wird neu geordnet – zugunsten der Betroffenen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2014 entschieden, dass Beamtinnen und Beamte, die aus gesundheitlichen Gründen nur noch zeitanteilig Dienst leisten können, besser besoldet werden müssen als im selben Umfang Teilzeitbeschäftigte. Die maßgebliche baden-württembergische Verordnung verstoße gegen Art. 33 Abs. 5 GG und Art. 3 Abs. 1 GG. Da in Bayern aktuell noch vergleichbare Regelungen bestehen, sieht sich der Gesetzgeber zum Handeln veranlasst. Ein entsprechender Gesetzentwurf lag dem BBB, dem Dachverband des BLLV, bereits zur Stellungnahme vor.

Das Bundesverwaltungsgericht argumentierte, freiwillig Teilzeitbeschäftigte könnten selbst darüber entscheiden, inwieweit sie für die Sicherung eines angemessenen Lebensunterhalts Abstriche von der Besoldung hinnähmen. Ihnen steht die Möglichkeit offen, jederzeit wieder zur Vollzeit und damit zur vollen Besoldung zurückzukehren. Beschäftigte in begrenzter Dienstfähigkeit leisten subjektiv bereits ihre volle Arbeitskraft. Dennoch sei es zulässig, den unterschiedlichen objektiven Umfang der Arbeitsleistung von begrenzt Dienstfähigen einerseits und Vollzeitbeschäftigten andererseits bei der Besoldung zu berücksichtigen, um so einer unerwünschten „Attraktivität“ des Instituts der begrenzten Dienstfähigkeit entgegenzuwirken. Dabei betonte das Bundesverwaltungsgericht ausdrücklich, dass es insbesondere eine Regelung als geeignet betrachte, die als Zuschlag zur Teilzeitbesoldung einen angemessenen prozentualen Teil der Differenz zwischen der Teil- und der Vollzeitbesoldung gewähre.

Genau diese Möglichkeit greift der nun vorgelegte Gesetzentwurf auf. Künftig sollen begrenzt Dienstfähige neben der entsprechend ihrer anteiligen Arbeitszeit gekürzten Vollzeitbesoldung stets einen Zuschlag in Höhe von 50 Prozent des Unterschiedsbetrags zu dieser Vollzeitbesoldung erhalten. Damit ist zum einen gewährleistet, dass die Besoldung in diesen Fällen höher ist als bei einer sofortigen Versetzung in den Ruhestand und gleichzeitig die gegenüber diesem Fall bestehenden Nachteile ausgeglichen werden (zum Beispiel bezüglich Steuer, Beihilfesatz). Gleichzeitig wird sichergestellt, dass bereits aktuell in begrenzter Dienstfähigkeit Beschäftigte durch

die gesetzlichen Neuregelung nicht schlechter gestellt werden als nach der bisherigen Rechtslage. Die Neuregelung soll für alle Betroffenen (unabhängig vom Eintritt der begrenzten Dienstfähigkeit) rückwirkend zum 1. April 2014 gelten. Anträge sind nicht erforderlich. Die Abänderungen erfolgen von Amts wegen.

Bisher werden der anteiligen Arbeitszeit entsprechende Bezüge mindestens in Höhe des fiktiven Ruhegehalts zu diesem Zeitpunkt gezahlt, die durch einen Zuschlag ergänzt wurden. Dieser Zuschlag beträgt 5 von Hundert der Vollzeitbesoldung, mindestens 220 Euro, verringert sich aber um den Unterschiedsbetrag, soweit die arbeitszeitanteilige Besoldung höher ist als das fiktive Ruhegehalt.

Die geplante Neuregelung stellt damit nicht nur eine deutliche Verbesserung dar, sondern bietet auch in der Umsetzung eine erhebliche Erleichterung, indem sie auf schwierige Vergleichsberechnungen verzichtet. Mit einem Inkrafttreten des Gesetzes ist allerdings erst gegen Mitte des kommenden Jahres zu rechnen, wenn es das Gesetzgebungsverfahren im Landtag durchlaufen hat.

Im gleichen Gesetzentwurf sind auch die Maßnahmen enthalten, die die zwischen BBB und Finanzministerium bestehende Arbeitsgruppe zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt hat. Vorgesehen sind unter anderem:

- eine weitere Flexibilisierung des Freistellungsjahres durch Erhöhung des Gesamtbewilligungszeitraums von sieben auf zehn Jahre,
- die Aufhebung des Verbots, Altersteilzeit im Blockmodell und Antragsruhestand zu kombinieren,
- die Zulassung einer (weiteren) familienpolitischen Beurlaubung zur Pflege von Angehörigen für die Dauer von insgesamt zwei Jahren auch dann, wenn die bisherige Höchstbeurlaubungsdauer von 15 Jahren bereits ausgeschöpft ist.
- Und NEU: Regelungen über eine fiktive Laufbahnnachzeichnung bei Elternzeit, familienpolitischer Beurlaubung und Freistellung wegen einer Mitgliedschaft im Personalrat, als Gleichstellungsbeauftragter oder Vertrauensperson.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist auch für diesen Bereich allerdings erst gegen Mitte dieses Jahres zu rechnen. //

\*Stellvertretender Leiter der Abteilung Dienstrecht und Besoldung im BLLV



## Neuer Blick auf Versorgung und Rente

oben: Hat Ihr Sprössling so ausgesehen? Dann ist es bestimmt ein Kind der 80er. Und Sie wären beim Ruhegehalt fein raus.

**m**ütter (und Väter), die Kinder erzogen haben, die vor 1992 geboren wurden, erhalten ab 1. Januar 2015 mehr Ruhegehalt. Mit Beginn dieses Jahres hat das bayerische Versorgungsrecht hinsichtlich der Verbesserungen, die in der Rente seit Mitte des Jahres gelten, systemkonform nachgezogen. Dafür hat Bayern als einziges Bundesland gesorgt. In Einzelfällen müssen Anträge gestellt werden. Zudem können sich auch Wechselwirkungen zwischen den beiden Systemen „Rente“ und „Versorgung“ ergeben. Das Landesamt für Finanzen informiert die betroffenen Versorgungsempfänger umfassend.

### Verbesserung bei Erziehungszeiten

Ab dem 1. Januar werden Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder bei der Berechnung der Versorgung gegenüber bisher in doppeltem Umfang berücksichtigt. Damit ist Bayern nach derzeitigem Stand nicht nur Vorreiter, sondern einziges Bundesland, das hinsichtlich der versorgungsrechtlichen Absicherung von Müttern mit der Rente gleichzieht.

Für künftige Versorgungsempfänger wurden die Berechnungsgrundlagen in den Versorgungsvorschriften entsprechend geändert.

Auch vor der Rechtsänderung zum 1. Januar 2015 bereits vorhandene Versorgungsempfänger profitieren von der Neuregelung. Die bei ihnen bereits erfolgte Festsetzung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit bleibt zwar unverändert, sie erhalten aber einen wertgleichen Zuschlag zum Ruhegehalt. Für den Zuschlag gelten dieselben Einschränkungen wie bei Neufällen. Das bedeutet insbesondere, dass auch der Zuschlag nicht dazu führt, dass die Höchstversorgung von 71,75 Prozent der Bezüge aus dem letzten Amt überschritten wird.

Das Landesamt für Finanzen, das mit der Auszahlung der Versorgungsbezüge befasst ist, informiert alle Betroffenen rechtzeitig und umfassend.

Für Beamtinnen und Beamte, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes (ab dem 1. Januar 2015) in den Ruhestand gehen,

ergibt sich kein Handlungsbedarf. Die Rechtsänderungen werden von Amts wegen bei der Erstfestsetzung der Versorgungsbezüge berücksichtigt.

Versorgungsempfänger (Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene), deren Versorgung sich bereits mit dem Höchstruhegehaltssatz (71,75 Prozent) berechnet, werden ebenfalls über die Rechtsentwicklung informiert, auch wenn sich bei ihnen nichts ändert. Eine entsprechende Ankündigung sollte mit der Bezügemitteilung für Januar erfolgt sein.

Anders gestaltet sich die Situation für Versorgungsempfänger, die den Höchstruhegehaltssatz nicht erreicht haben und damit von den Verbesserungen profitieren könnten. Allerdings liegen dem Landesamt für Finanzen nicht alle notwendigen Informationen vor, um die Neuregelungen von Amts wegen umzusetzen. So sind zum Beispiel bisher Kindererziehungszeiten während des Beamtenverhältnisses in den Festsetzungsbescheiden nicht als solche gekennzeichnet.

Hier werden Anträge erforderlich. Allerdings kann abgewartet werden, bis die Pensionsbehörde hierzu auffordert hat: Um sicherzugehen, alle möglicherweise Betroffenen zu erreichen, war vorgesehen, dass das Landesamt für Finanzen bereits im Januar dieses Jahres allen Versorgungsempfängern, die nicht die höchstmögliche Versorgung erhalten, in einem gesonderten Informationsschreiben die Sachlage erläutert und gegebenenfalls weitere Informationen anfordert.

### Achtung bei Rentenansprüchen

Von der Neuregelung profitieren all jene Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die diese Kinder in Teilzeit oder Beurlaubung erzogen und nicht bereits den Höchstruhegehaltssatz erreicht haben.

Sofern gleichzeitig Rentenansprüche bestehen oder entstehen könnten, sind auch Wechselwirkungen zwischen den Systemen möglich, die nicht zu unterschätzen sind. Einzelheiten dazu sind in einem Beitrag der BBB-Nachrichten vom Dezember 2014 ausführlich dargestellt worden. Die BBB-Nachrichten sind unter [www.bbb-bayern.de](http://www.bbb-bayern.de) abrufbar. **bbb/ds**

# Altersdiskriminierende Besoldung – derzeit kein Handlungsbedarf

**d**as Bundesverwaltungsgericht sieht im Zusammenhang mit altersabhängigen Besoldungsstufen Zahlungsansprüche nur in engem Rahmen als begründet an. Ende vergangenen Jahres befasste es sich mit der Umsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im deutschen Rechtsraum. Bayerische Beamte müssen nichts mehr unternehmen.

Schon mit Urteil vom 19. Juni 2014 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Überleitungsregelungen, mit denen die Besoldungseinstufung beim Wechsel vom alten zum neuen Dienstrecht festgesetzt worden sind, grundsätzlich gebilligt. Damals hatte er aber auch festgestellt, dass das frühere System zur Besoldungsbemessung nach dem sogenannten Besoldungsdienstalter gegen Unionsrecht verstößt. Es sei nicht mit den Vorgaben der Richtlinie 2000/78/EG vereinbar, wenn sich die Höhe der Bezüge innerhalb der jeweiligen Besoldungsgruppe allein nach Lebensalter bestimme, wie das nach früheren Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes der Fall war.

Offen blieb seinerzeit die Frage, welche konkreten Rechtsfolgen sich aus der Rechtsprechung des EuGH im deutschen Rechtsraum zu ergeben haben, denn der EuGH darf allein die Bestimmungen des Europarechts auslegen. Das Gericht, das sich mit Fällen aus Sachsen-Anhalt und Sachsen zu befassen hatte, hat Betroffenen pro Monat der (alters)diskriminierend zu niedrig geleisteten Besoldung eine Entschädigung in Höhe von 100 Euro zugesprochen, soweit diese rechtzeitig geltend gemacht wurde.

Der (Rechts-)Grund für diese Zahlung ergibt sich aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das in Deutschland seit August 2006 in Kraft ist. Diese Vorschrift räume bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot wegen Alters einen Anspruch auf angemessene Entschädigung ein. Schon nach dem Urteil des EuGH sei dagegen die

Einstufung der Betroffenen in eine höhere oder gar die höchste Stufe der jeweiligen Besoldungsgruppe ausgeschlossen.

Werden diese Grundsätze auf die bayerische Rechtslage angewandt, könnte ein Anspruch für betroffene Beamtinnen und Beamte auf angemessene Entschädigung auch hier frühestens seit August 2006 (Inkrafttreten des AGG) bis höchstens Dezember 2010 bestehen. Bayern hat mit dem Neuen Dienstrecht, das am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist, das frühere Bundesbesoldungsgesetz durch ein eigenes unionsrechtskonformes bayerisches Besoldungsgesetz ersetzt. Ob und in welcher Höhe im Einzelfall eine Entschädigung zusteht, bestimmt sich nach dem Zeitpunkt der individuellen Geltendmachung.

Alle Beschäftigten des Freistaates Bayern, die in den zurückliegenden Jahren einen Antrag gestellt beziehungsweise einen Widerspruch eingelegt hatten, haben bereits anlässlich dieses Urteils ein Informationsschreiben erhalten. Erst wenn die Urteilsgründe der aktuellen Entscheidung vorliegen, ist mit Bescheiden zu rechnen, die die Anträge abschließend beurteilen. Soweit bisher noch gar kein Antrag gestellt beziehungsweise Widerspruch erhoben wurde, kann dies auch nicht mehr nachgeholt werden. **bbb/ds**

# Doppelhaushalt 2015/2016 im Landtag verabschiedet

Der Doppelhaushalt 2015/2016 lässt hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Mit der Fortführung des neuen Dienst-Dienstrechts sind zum 1. Januar Verbesserungen zu beruflichen Fortkommensmöglichkeiten sowie Regelungen zur Verbesserung der Versorgung von Eltern, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, in Kraft getreten. Der Doppelhaushalt wurde Ende 2014 vom Bayerischen Landtag verabschiedet.

**m**

Mit der Fortführung des neuen Dienstrechts werden rund 24 Millionen Euro zur weiteren Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten eingesetzt. Zum 1. Juli 2015 kommen Stellenhe-

bungen im Umfang von 13,9 Millionen Euro und zum 1. November 2016 im Umfang von 10 Millionen Euro. Das Neue Dienstrecht wird damit entsprechend der ursprünglichen Zusagen und den Forderungen des Bayerischen Beamtenbunds (BBB), dem Dachverband des BLLV, vollständig umgesetzt. Gleichzeitig sieht der Doppelhaushalt insgesamt 656 neue (Plan-) Stellen vor.

Für den Bereich der Grund-, Mittel- und Förderschulen enthält der Haushalt unter anderem folgende Verbesserungen:

- Lehrer/-innen von A 12+AZ nach A 13: 2.000 Stellen (entsprechende „Folgebeförderungen“ von A 12 nach A 12+AZ)
- Studienrat beziehungsweise Studienrätin an der Förder-

- schule von A 13 nach A 13+AZ: 135 Stellen
- Studienrat/-in Förderschule von A 13 nach A 14: 11 Stellen (Systembetreuer)
- Fachlehrer/-innen von A 11 nach A 12: 41 Stellen (Systembetreuer)
- Fachlehrer/-innen von A 11+AZ nach A 12+AZ; 5 Stellen (Systembetreuer Förderschule)

Von den zehn Millionen Euro für Beförderungen zum 1. November 2016 entfallen 5,604 Millionen Euro auf den Schulbereich. Über die Verteilung auf die Schularten entscheidet der Bayerische Landtag im Jahr 2016.

Für den BBB von besonderer Bedeutung: Im Zahlenwerk ist auch eine Rücklage für den zu erwartenden Tarifabschluss und dessen – so die Verlautbarungen – ergebnisgleiche Übertragung auf die Beamten und Richter des Freistaats vorgesehen. Wenn im Frühjahr 2015 die Verhandlungen für die Anpassung der Tarifentgelte im Bereich der Länder beginnen, werden in Bayern bereits Vorkehrungen getroffen sein, um diese Ergebnisse am Rahmen einer Besoldungsanpassung umzusetzen. Das ist das erklärte Ziel, wie Finanzminister Söder mehrfach wiederholt hat.

Auch die Verbesserungen, insbesondere zu beruflichen Fortkommensmöglichkeiten ebenso wie bei der Berücksichtigung von vor 1992 geborenen Kindern konnten mit Beginn des neuen Jahres in Kraft treten. Bayern ist das einzige Bundesland, das auch im Beamtenbereich reagiert und dafür sorgt, dass diese Gerechtigkeitslücke durch eine Erhöhung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten angegangen wird. Gleichzeitig wird – ebenfalls entsprechend den Änderungen im Rentenrecht – die sogenannte Zurechnungszeit bei Dienstunfähigkeit erhöht (s. S. xx). Während bisher bei einem vorzeitigen Ruhestandseintritt zur Berechnung der Versorgung nur die Zeit bis zum 60. Lebensjahr berücksichtigt werden konnte, ist künftig auf das 62. Lebensjahr abzustellen. **ds**



# Wie Frau Lalu in Berlin heimisch wurde

Als Gymnasiallehrerin in einer Grundschulklasse für Flüchtlinge

**g**  
grenzgänger

Susanne Löhlein Protokoll: Chris Bleher

"Frau Lalu! Frau Lalu!" – schreiend biegt Krolos um die Ecke, „Himzo nicht gut!" Ich versuche dem Gesichtsausdruck meines Schülers abzulesen, ob das bedeutet, „es geht Himzo schlecht“ oder: „wir haben uns mal wieder geschlagen“. Er wirkt nicht wütend sondern entsetzt. Ich frage: „Was hat Himzo? Wo ist Himzo denn?“ – „Toilette", ruft Krolos und macht eine geräuschvolle Geste. Er hat sich wohl übergeben. Das war's dann mit der Pause, meine Kinder brauchen mich.

„Meine Kinder", das ist die „Willkommensklasse“ einer Berliner Grundschule im westlichen Bezirk Spandau. Oder besser: Eine „Lerngruppe von Neuzugängen ohne Deutschkenntnisse". Für die Kinder sind wir einfach die 3f. Und ich bin für sie „Frau Lalu“. „Löhlein“ können sie einfach nicht aussprechen. Seit Februar soll ich den Kindern Deutsch beibringen, damit sie möglichst schnell in Regelklassen integriert werden können. Das ist leichter gesagt als getan, denn die Kinder bringen so viele Probleme und Bedürfnisse mit ins Klassenzimmer, dass ich die Sprache kaum rein inhaltlich vermitteln kann. Und wenn, dann mit Händen und Füßen: Mathematik, die Tiere auf Deutsch, welche Kleidung sie im Sportunterricht tragen müssen, dass in Deutschland alle Menschen gleich viel wert sind, was ein gesundes Frühstück ist, wie man europäische Toiletten benutzt, wie man Stifte und Pinsel richtig hält, Schreiben, Lesen und die Fußball-WM.

Das alles hat wenig mit dem zu tun, wofür ich ausgebildet wurde. Ich bin Gymnasiallehrerin für Englisch und Spanisch, mein Referendariat habe ich in Bayern gemacht. Vor ein paar Monaten konnte ich noch die genaue prozentuale Gewichtung der einzelnen Teilaufgaben im Englisch Abitur herunterbeten, genauso wie die Gymnasiale Grundordnung des Freistaates.

Es klingelt und mein bunt gemischter und schreiender Haufen stürmt das Klassenzimmer. Zwei Mädchen kommen erst einmal zu mir und knuddeln mich, ein Junge erkundigt

Um seinen Horizont zu erweitern, muss man nicht ins Ausland reisen. Für Susanne Löhlein, 29, genügte der Wechsel nach Berlin. Dort arbeitete die Bamberger Gymnasiallehrerin in einer Grundschule mit Flüchtlingskindern.

sich mit: „Wo Himzo?“ nach seinem Sitznachbarn. Ein Ball fliegt ins Klassenzimmer, hinterher rennen zwei raufende Teenager. Ein Junge weint und hängt sich auch noch an mein Hosenbein. Ich mahne: Hier wird weder gerauft, noch werden Bälle geworfen. Die Mädels schicke ich auf ihren Platz und frage Zalomir, meinen Kleinsten, was los ist. Er ist angeblich 12, sieht aber aus wie 6, und hat unendlich traurige Augen. Er ist schon einen Monat in der Klasse und hat noch nie gelacht. Immerhin habe ich ihn ab und an zum Lächeln gebracht.

## „Das sagen: ficken deine Mutter“

Zalomir weint immer noch und ich suche meine Reservepackung Taschentücher. Sachen, die man als Grundschullehrerin immer haben muss: Taschentücher, Handdesinfektion, Gehörschutz. Ich reibe Zalomir aufmunternd den Rücken, während ich die anderen auffordere, an den Mathematik-Arbeitsblättern weiter zu arbeiten. Sie lieben Mathematik. Da können sie ganz ohne Sprachbarrieren zeigen, was sie können. Nun kann ich Zalomir noch einmal fragen, was los ist. Er nimmt seinen ganzen Mut zusammen, deutet auf einen Schüler, der drei Köpfe größer ist als er, und sagt: „Das sagen: ficken deine Mutter. Das schlagen.“

So etwas höre ich ungefähr zehn mal am Tag. Die Kinder haben nie gelernt, sich mit Worten zu wehren, sie können es schon wegen der unterschiedlichen Sprachen nicht. Außerdem haben sie viel Gewalt gesehen oder erlebt. Die Tür geht auf, herein kommt die Sozialpädagogin mit einem Arm voll Bilderbüchern. Ich atme auf. Wir haben zwei Stunden pro Woche gemeinsam, und die fallen oft aus. Personalnot. Um so dankbarer bin ich um jede Stunde, in der wir die Chance haben, unsere 15 Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren, >

die aus vielen verschiedenen Sprach- und Kulturkreisen stammen, zusammen zu unterrichten. Ich erkläre ihr kurz den Vorfall und wir einigen uns auf einen Gesprächskreis: Regeln erklären, Regeln wiederholen, über Probleme reden und sich am Ende vielleicht wieder versöhnen.

## Ein paar Stunden Geborgenheit

Manchmal fühlt sich das an wie ein Tropfen auf den heißen Stein, aber manchmal auch unglaublich gut, wenn man merkt, dass man eine wichtige Bezugsperson für die Kinder und auch für die Eltern ist. Ich wurde selten so von meinen Schülern gebraucht und geliebt. Und nach ein paar Wochen finde ich sogar Gefallen an den morgendlichen Knuddelatacken. Vieles fruchtet, und nach und nach gewöhnt sich meine Klasse an Regeln. Kinder, die neu dazu kommen, lernen schnell von den anderen, und es gibt erste Fortschritte in Deutsch. Wir lernen auch Englisch und studieren einen Tanz für das Sommerfest ein.

Dann wird es wärmer in Berlin, der Frühling kommt – und mit ihm endet der winterliche Abschiebestopp für Flüchtlinge. Da ich in den ersten Monaten davon verschont geblieben bin, habe ich nie groß darüber nachgedacht, dass Kinder, die doch hier zur Schule gehen, abgeschoben werden könnten. Aber sie können, und so stürmt nach der ersten Nacht, in der abgeschoben wurde, meine restliche, schwer verstörte Schülerschaft das Klassenzimmer. Einige kommen mit ihren Eltern. Zu groß ist die Angst, die Familie, oder was noch davon übrig ist, könnte getrennt werden. Ich habe weinende Väter und weinende Kinder vor mir, und als sie mir erzählen, wer alles abgeschoben wurde, könnte ich gleich mit weinen.

Unterricht ist heute nicht möglich. Als ich wieder alleine in meinem Klassenzimmer bin, nehme ich die Hefter meiner abgeschobenen Schüler, werfe die Arbeitsblätter voller Herzen und Fleißbildchen in den Müll und packe die Sportsachen der Kinder für das Heim zusammen, damit das nächste Kind eine Turnhose hat. Als ich die letzte Tasche ausleere, entdecke ich einen Bauchtanzgürtel, den eines der Mädchen für die Proben für unseren Tanz am Sommerfest in der Schule gelassen hatte. Schnell wird mir klar, dass von dieser Lerngruppe die wenigsten am Sommerfest noch da sein werden. Von da an ändert sich mein Blick auf meine Arbeit. Ich merke, dass ich in meinem stickigen Klassenzimmer weder die Welt retten, noch den ewigen Religionskrieg lösen kann. Alles, was ich den Kindern bieten kann, sind ein

paar Stunden Normalität und Geborgenheit. Nicht mehr und nicht weniger.

Dies wird nun zum Ziel meiner Arbeit, und so wird mehr gebastelt, gespielt und gekocht. Wir fahren in den Zoo und in den Kletterwald. Die Eltern sammeln Jacken, Bücher und Rucksäcke und bringen alles zum Flüchtlingsheim. Es ist eine alte Fabrikbaracke, in der zu viele Menschen auf zu wenig Raum leben. Die sanitären Bedingungen lassen zu wünschen übrig. Ich bewundere immer wieder, wie es einige Familien schaffen, die trostlosen Zimmer doch etwas heimelig wirken zu lassen. Immer werde ich herzlich aufgenommen, und ich pflege den Kontakt zu Eltern und Schülern.

Dennoch merke ich, dass die ständige Ungewissheit, wer am nächsten Morgen noch da ist, der Wechsel in der Klassenstruktur und die Machtlosigkeit dem System gegenüber mich emotional anstrengt. Mehr und mehr vermisse ich nun auch meine Fremdsprachen und das wirklich inhaltliche und produktive Arbeiten mit Schülern. Auch die Frage, ob ich wohl diesmal etwas in Bayern bekommen werde, schiebt sich wieder in mein Bewusstsein. Berlin oder Bayern? Grundschule oder Waldorfschule oder doch kellnern?

## Frustrierte bayerische Junglehrer

Mir wird klar, dass ich endlich an einem Gymnasium arbeiten will, dass ich das unterrichten will, wofür ich mich vor acht Jahren entschieden habe, wofür ich studiert habe und worin ich ausgebildet bin: Englisch und Spanisch. Ich bewerbe mich in Bayern und der Welt, privat und staatlich, schreibe E-Mails und stelle auch in Berlin meinen Versetzungsantrag. Und dann klappt es doch noch: Ich bekomme eine Stelle an einem Gymnasium in Spandau. Ab August (die Sommerferien enden in Berlin ja bereits im August) wird sowieso vieles anders: Es kommen viele vom System frustrierte bayerische Junglehrer nach. Nach sechsmonatigem Vertretungschaos haben sie keine Lust mehr, als Springer dort Löcher zu stopfen, wo eigentlich dauerhaft Bedarf besteht. So zieht es sie nach Berlin. Es gibt einen bayerischen Stammtisch, man hilft sich bei Umzügen, beim Ankommen, beim Einleben.

An meinem Spandauer Gymnasium war ich von Anfang an glücklich. Die Vor- und Nachbereitung und auch das Korrigieren nimmt im Vergleich zur Grundschule mehr Zeit in Anspruch. Allerdings macht mir mein Unterricht mehr Freude. Großartig finde ich auch, dass es hier noch das Leistungs- und Grundkursprinzip gibt. Momentan unterrichte ich



Die Autorin vor einem Graffito in der Nähe ihres Wohnortes im Bezirk Wedding zwei

**Der Frühling kommt – und mit ihm endet der winterliche Abschiebestopp. Ich habe weinende Väter und weinende Kinder vor mir, und als sie mir erzählen, wer alles abgeschoben wurde, könnte ich gleich mit weinen.**

zwei Grundkurse, in denen ich mich endlich fachlich und inhaltlich austoben kann. Aber auch pädagogisch bin ich gefordert. Ich habe die stellvertretende Klassenleitung einer sehr quirligen zehnten Klasse und einen ganzen Haufen Mittelschüler mit all ihren Problemchen und Sorgen. Ich liebe auch die kulturelle Vielfalt unserer Schule. Die ist ganz normal für Berlin, und für mich so herrlich abwechslungsreich.

Manchmal träume ich noch von meinen Flüchtlingskindern, manchmal treffe ich den einen oder die andere in der U-Bahn. Wir reden dann, wie es ihnen geht, wo sie jetzt wohnen, was ihre Familie macht. Und wir reden über unsere gemeinsame Zeit in der Schule, über eine Zeit, als ich für diese Kinder viel mehr war als eine Lehrerin. //

# 5/2014 und # 6/2014

Relaunch

### „Chapeau!“

Ich bin seit Jahrzehnten Mitglied im BLLV und damit auch Leser der Bayerischen Schule. Die Umarbeitung des Layouts ist wirklich voll gelungen, da kann ich nur mein großes Kompliment aussprechen – Chapeau!

Herbert Goigner

# 5/2014 und # 6/2014

Relaunch

### Gutes Facelifting

Meinen herzlichen Glückwunsch zur Umgestaltung der Zeitschrift. Dieses „Facelifting“ hat ihr gut getan. Das spricht sogar mich als Oldie (75) an.

Werner Büttner

# 5/2014 und # 6/2014

Akente/ „Die Generation Z“

### „Tiefenbohrungen“

Das Phänomen der „Scheinstudenten“, dass sich Studierende in erster Linie für den „Schein“ interessieren, gab es schon vor der Modularisierung. Aber diese Tendenz hat stark zugenommen, gerade in der Schulpädagogik. Da ich mich aber beharrlich weigere, in meinen Veranstaltungen angeblich prüfungsrelevanten Scheinstoff durchzupauken, sondern nach wie vor „Tiefenbohrungen“ vornehme, also zu ausführlichen Diskussionen und Reflexionen über zugrundeliegende, handlungsrelevante pädagogische Prinzipien und Denkweisen anrege, führt das in der Regel zu einem Schwund von 10 bis 30 Prozent der

Studierenden in den ersten Sitzungen – was mich aber gar nicht stört. Dazu trägt auch bei, dass ich Hausaufgaben gebe, damit wir fundiert diskutieren können, zudem binde ich alle Studierenden in das Gespräch ein. Referate gibt es prinzipiell nicht – wie sollen Lehrer aktivierenden Unterricht lernen, wenn an der Uni in fachlich fragwürdigen, rhetorisch meist unterbelichteten Referaten das Gegenteil praktiziert wird? Stattdessen sind die Studierenden gehalten, in aktivierenden Sequenzen mit allen gemeinsam zu arbeiten. Häufig beginne ich meine Veranstaltungen mit dem Hinweis, dass ich einmal im Semester einen großen Unsinn erzählen werde und die Studierenden auffordere, diesen aufzudecken. Der Endeffekt ist immer wieder beflügelnd: Studierende, die am Ende der Veranstaltungen sich dafür bedanken, dass sie wirklich etwas mitnehmen konnten – obwohl wir meist nur einen Teil des vorgesehenen „Stoffes“ durchgenommen haben.

Clemens Maria Schlegel

# 6/2014

„Die Gerechtigkeitsformel“

### Ungerechtes Geldwesen

So begrüßenswert es ist, wenn Schulen für eine individuelle Unterrichtung eintreten, die Verwirklichung wird immer am fehlenden Geld scheitern. Der Kapitalismus fußt auf zwei grandiosen Fehlern: Dem Zins, der „wunderbaren Geldvermehrung“ ohne Arbeit, und der Privatisierung. Wie soll Gerechtigkeit herrschen können, wenn wir einem ungerechten Geldsystem unterworfen sind? Die gewählten Volksvertreter stehen in der Verantwortung, ein Geld- und Steuersystem einzurichten, das allen dient. Erst wenn das Geld seine wesensgemäße, dienende Funktion erhält, kann Gerechtigkeit erreicht werden. Dann wird auch das Schulwesen das notwendige Geld bekommen.

Richard Steinhauser, Sigmarszell

# 6/2014

„Die gebundene Ganztagschule ist absolut unterirdisch versorgt“

### „Bald müssen wir den erfolgreichen Ganztags einstellen“

Wir sind eine große Grundschule mit zwei Häusern und einem kompletten Ganztagszug. Die Eltern nehmen das Ganztagsangebot sehr gut an, wir haben jedes Jahr erheblich mehr Anmeldungen als Plätze. Wir bieten unseren Ganztagskindern ein abwechslungsreiches musisches und sportliches Angebot, mit einem unserer Projekte haben den ersten Preis bei einem renommierten Wettbewerb gewonnen. Wir beobachten, dass in den Ganztagsklassen die Übertrittsquoten der Kinder mit Migrationshintergrund an Realschule und Gymnasium deutlich höher liegen als in den Halbtagsklassen. Auch die räumliche Ausstattung ist gut, wir können seit diesem Jahr sogar in der eigens für uns erbauten Mensa essen (zusammen mit einer Mittelschule). Doch genau da liegt das Problem, dessentwegen wir erwägen, diesen sehr erfolgreichen Ganztagsbetrieb einzustellen.

Es geht um die Betreuung während der Essens- und Freizeit beziehungsweise die Projektarbeit mit den außerschulischen Honorarkräften. Lehrerstunden stehen für diese Zeit nicht zur Verfügung, letztes Jahr konnte ich noch während der Mittagszeit eine Lehrerstunde pro Tag für ein sogenanntes „Projekt Gutes Benehmen“ abzwacken und de facto jeweils eine Lehrkraft mit zum Mittagessen schicken, die für angemessene Tischsitten und zuträgliches Verhalten während der Mahlzeit sorgen konnte. In diesem Jahr sind unsere Überhangstunden so knapp bemessen, dass dieses Vorgehen unmöglich war.

Nun werfen Honorarkräfte oder Ehrenamtlichen, die wir nun für die Aufsichts- und Betreuungsaufgaben einsetzen, einer nach dem anderen das Handtuch, werden krank oder es gehen Elternbeschwerden ein, weil die erwähnten

Personen mit einer Kindergruppe in Klassenstärke nicht mehr fertig werden. Wir haben an unserer Schule keinerlei Probleme mit Gewalt, aber pädagogisch unzureichend ausgebildetes oder erfahrenes Personal hat nicht die nötigen Instrumente an der Hand, den vielfach sehr „individuell“ erzogenen Kindern Einhalt zu gebieten. Das Chaos beginnt beim Anstellen an der Essensausgabe, endet mit dem Abräumen des Geschirrs und findet seinen Höhepunkt während des Essens.

Einige Kinder klagen nach dem Essen über Kopfschmerzen, weil die anderen so brüllen, Eltern beschweren sich, weil ihr Kind während der Mahlzeit geärgert, gehänselt, geschubst wird und niemand eingreift. Ich führe Gespräche mit den Honorarkräften, die meistens mit dem Satz enden: „Die machen, was sie wollen und ich kann sie nicht zur Ruhe bringen oder bändigen!“ Gut ausgebildetes Personal ist für die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und bei den ungünstigen Arbeitszeiten (wer will schon einen 8-Stunden-Job auf jeden Mittag zwei Stunden verteilen?) nicht zu bekommen. Die Alternative zu gut geschultem Personal wäre, die Anzahl der Aufsichten drastisch zu erhöhen – auch das ist nicht bezahlbar.

Um den Ganztagsbetrieb auch während der Essens- und Freizeiten pädagogisch sinnvoll zu gestalten, müssen auch für diese Zeiten Lehrerstunden zur Verfügung stehen - es würde dem neuen Lebensraum „Ganztagschule“ noch besser gerecht, wenn der Klassenleiter mit den Kindern zu Mittag isst. Statt 12 Stunden pro Ganztagsklasse müssten es mindestens 16 bis 18 sein. Oder man stockt die finanziellen Mittel erheblich auf, damit Honorarkräfte mit Gruppen von maximal 12 Kindern arbeiten können. Ein anderes Problem ist die offenbar nicht zu bewältigende Abrechnung des Essens mit den Eltern. Der Caterer hat nach eigenen Angaben Außenstände von mehr als 5000 Euro. Wenn die Situation bleibt, wie sie sich darstellt, befürchte ich, dass wir in absehbarer Zeit kein Personal mehr rekrutieren können, der Caterer das Handtuch wirft, und wir den Ganztagsbetrieb einstellen müssen.

Eine Grundschul-Rektorin im Landkreis Starnberg



## Neue Vertrauensperson für Schwerbehinderte

Aufgrund der Zusammenlegung von Kultus- und Wissenschaftsministerium musste die Wahl zur Schwerbehindertenvertretung auf ministerieller Ebene vorgezogen werden. Zur Hauptvertrauensperson gewählt wurde Birgit Kowolik, Mittelschullektorin aus dem Landkreis Miesbach. Zusammen mit acht Stellvertretern aus den verschiedenen Bereichen des neuen Ressorts wird sie die Belange der rund 8.000 behinderten Kolleginnen und Kollegen weiter in den Fokus der Verantwortlichen rücken und den Betroffenen bei Fragen rund um Behinderung und Schule zur Seite zu stehen. Mehr Infos unter [www.bllv.de/bs/2015/01](http://www.bllv.de/bs/2015/01)

## Verfassungsmedaille für Dannhäuser und Habermann

Landtagspräsidentin Barbara Stamm hat Dr. h.c. Albin Dannhäuser, Ehrenpräsident des BLLV, und Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes, die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber verliehen. Mit der Medaille werden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geehrt, die sich in besonderer Weise um die Verwirklichung der Grundsätze der Verfassung verdient gemacht haben. Mehr Infos unter [www.bllv.de/bs/2015/01](http://www.bllv.de/bs/2015/01)

## Pensionisten in Regensburg helfen Flüchtlingen

Pensionierte Lehrerinnen und Lehrer in Regensburg stellen ihre pädagogisch-didaktische Expertise erwachsenen Flüchtlingen zur Verfügung. Sie helfen ehrenamtlich und unbürokratisch bei der Bewältigung des Alltags, beim Erlernen der deutschen Sprache, aber auch beim Ausfüllen von Formularen, beim Erledigen von Behördengängen

und vielem mehr. Das Projekt hatte BLLV-Präsident Klaus Wenzel bereits im November gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, MdL Martin Neumeyer, und dem Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs vorgestellt. Koordinator ist der aktive Lehrer und stellvertretende BLLV-Vorsitzende Regensburg Land, Horst Bogner. as

## Wissen digital als BLLV-Sonderausgabe im Netz

Der BLLV gibt eine Sonderedition der Reihe Wissen digital mit kurzen animierten Unterrichtsfilmern für den Unterricht in der Sekundarstufe in den Fächern Chemie, Physik, Biologie und Natur und Technik heraus. Die DVD sind ideal für die visuelle Illustration eines Themenbereiches. Sie geben eine kompakte, originelle Erklärung eines Sachverhaltes. Die Filme sind zwischen einer Minute und vier Minuten lang. Sie werden ergänzt durch eine zweite DVD mit Arbeitsblättern, Texten und weiteren Materialien. Alle Materialien können auch über das Internet abgerufen werden. Die Filme wurden von Wissensmedia/Bertelsmann entwickelt. Mehr Infos unter [www.wiss-con.com](http://www.wiss-con.com)

## BLLV-Gesundheitsinstitut feiert zehnjähriges Bestehen

2005 gründete der BLLV das „Institut für Gesundheit in pädagogischen Berufen“. Hintergrund waren die ersten alarmierenden Zahlen über Burn-Out im Lehrerberuf. Der Neurobiologe und Psychotherapeut Prof. Dr. Joachim Bauer übernahm die wissenschaftliche Leitung. Das Institut hat seitdem über 100 Gesundheitstage mit rund 10 000 Teilnehmenden ausgerichtet und zahlreiche Seminare und SchiLF-Veranstaltungen organisiert. In psychische Not geratene Lehrkräfte bekamen Hilfe in Beratungsgesprächen mit speziell ausgebildeten Psychologen.



Mit viel Freude besuchen die Kinder die Vorschulgruppe im Kinderhaus

## 23. bayerische Meisterschaft im Eisstockschießen

Am Samstag, den 7. März, findet ab 13.00 Uhr in der Asphalthalle in Untertraubenbach die 23. bayerische Meisterschaft im Eisstockschießen statt. Teilnahmeberechtigt sind Lehrkräfte aus allen Schularten. Nähere Informationen unter: Max Seebauer, Tel: 09461/ 1063, Fax: 09461/ 7545, [max.seebauer@web.de](mailto:max.seebauer@web.de). Um rechtzeitige Anmeldung bis zum 4. März wird gebeten.

## Kinderhaus beeindruckt Entwicklungshilfeminister

Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller ist beeindruckt vom BLLV-Kinderhaus CASADENI. Der Bundespolitiker bestätigte, dass das Projekt Modellcharakter im Bereich des Engagements von Non-Governmental-Organisations (NGO) habe. Das sagte er bei einem Treffen mit der Vorsitzenden der BLLV-Kinderhilfe, Waltraud Lučić, und Fabian Geyer, Leiter der Fachgruppe Erzieher/innen in Berlin. Mit Unterstützung von STERNSTUNDEN wurde das Kinderhaus im vergangenen Jahr um ein Berufsbildungszentrum erweitert. Damit umfasst das Projekt die Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus extrem armen Lebensumständen vom Vorschulalter bis hin zu

jungen Erwachsenen im Alter von 20 Jahren. Müller war beeindruckt von der konzeptionellen Stringenz und der engagierten Arbeit in diesem Projekt. Der ganzheitliche pädagogische Ansatz des Kinderhauses und die intensive Arbeit mit den Kindern Jugendlichen und deren Familien helfen vielen der Kinder und Jugendliche, aus der Armutsspirale auszubrechen.

**xxx bekommen wir am Mittwoch**

## xxx xxx Euro für BLLV-Kinderhaus in Ayacucho/Peru

Ein beeindruckendes Ergebnis brachte der Spendenaufruf der BLLV-Kinderhilfe für Peru: **xx xxx** Euro gingen ein. Darunter waren BLLV-Kreisverbände und 81 Schulen. Besonders erfolgreich war die Grundschule am Sportpark in München mit einem Spendenlauf: Die Schüler erliefen 5.685, 61 Euro. Die Vorsitzende der BLLV-Kinderhilfe, Waltraud Lučić, ist beeindruckt von der großen Hilfsbereitschaft. „Ich danke den vielen Spendern für ihre Unterstützung. Sie schenken mit Ihrer Spende vielen unserer Kinder Würde und Freude. Das soziale Engagement in der Kinderhilfe ist Teil unseres Selbstverständnisses als BLLV. Wir übernehmen als bedeutendste Bildungsorganisation in Bayern selbst Verantwortung. Unser Kinderhaus ist ein Modell der nachhaltigen Armutsbekämpfung geworden. Das ist nur dank der großzügigen Spenden möglich.“



Waltraud Lučić, Vorsitzende der BLLV-Kinderhilfe, bei einem Schulfrühstück an einer Münchner Grundschule

## Frühstücksinitiative „denkbar“ ausgeweitet

Die Ausweitung des Schulfrühstücks denkbar auf Grund- und Förderschulen in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Oberfranken in der Landeshauptstadt München ist erfolgreich angelaufen. Bislang erhalten an 110 Grund-, Mittel-, Förder- und Realschulen bedürftige Kinder regelmäßig ein Frühstück aus Mitteln von STERNSTUNDEN. In diesem Schuljahr unterstützt das Sozialministerium die Initiative der BLLV-Kinderhilfe mit 642.910 Euro. Mit diesen Mitteln können weitere 70 Grund- und Förderschulen ein Schulfrühstück anbieten. Inzwischen haben sich 26 Grundschulen gemeldet, die in das Programm einsteigen wollen. Es weitere Schulen aufgenommen werden. Wer Interesse hat, melde sich bitte bei Schulfrühstück denkbar-R (Tel. 089 721001-864, denkbar-r@kinderhilfe.bllv.de)

## BLLV bei Studierenden gefragt wie nie zuvor

Das Interesse junger Menschen mit dem Berufsziel Lehramt am BLLV ist ungebrochen. Zu Beginn des Wintersemesters sind 1.190 Neumitglieder eingetreten, mehr als 8 000 Lehramtsstudentinnen und -studenten sind Mitglied im BLLV. Als wichtige Herausforderung im Jahr 2015 sieht das Studierendenteam im Verband eine bessere Präsenz

in den sozialen Medien und auf der Homepage. Aus diesem Grunde wird im kommenden Frühjahr das Team des Hochschulreferates um eine/n Onlineredakteur/in erweitert. Außerdem werden sich die Studierenden im BLLV weiterhin intensiv der Problematik einer einheitlichen Vergabe von Bachelor- und Masterabschlüssen im Lehramtsstudium widmen.

## BLLV-Studierende beginnen Auslandseinsatz

Mitte Februar beginnen die Auslandspraktika des BLLV-Hochschulreferats. Knapp 40 Studierende werden weltweit in 17 Ländern in Schulen und Erziehungseinrichtungen für vier bis zwölf Wochen hospitieren. Besonders beliebt ist wieder Neuseeland, zehn Studentinnen werden dort in Primar- und Sekundarschule ihr Praktikum absolvieren. Zwei Kolleginnen werden für zwei Monate im BLLV-Kinderhaus in Ayacucho arbeiten. Weiter ausgebaut wurde die Zusammenarbeit mit dem Pasch-Programm des Goethe-Instituts. Im Rahmen dieses Programms werden unsere Studentinnen als Native Speaker Deutschunterricht in Thailand, Indonesien, Ungarn, Costa Rica, Weißrussland und Polen erteilen. Bevor sie im Februar beginnen, wurden die Teilnehmer bei einem Seminar auf ihre Einsätze in aller Welt vorbereitet.

## EHRUNGEN

DER BLLV LEBT VON DER STÄRKE UND SOLIDARITÄT SEINER MITGLIEDER. ER KANN DABEI AUF EINE LANGJÄHRIGE TRADITION VERWEISEN. ZU BESONDEREM DANK IST ER SEINEN LANGJÄHRIGEN MITGLIEDERN VERPFLICHTET. WIR GRATULIEREN.

Für 65jährige Mitgliedschaft

KV WÜRZBURG-LAND Elfriede Voit, Karola Müller, Liselotte Pretsch, Lothar Gambert, Reinhard Röhr, Walter Henn KV AICHACH-FRIEDBERG Franz Schuster KV WASSERBURG Angela Köck KV TRAUNSTEIN Angelika Schulz, Irmgard Bauer KV KITZINGEN Ella Schoepgens, Adolf Köhler

Für 60jährige Mitgliedschaft

KV FREISING Gertrud Reichold KV SELB-KIRCHENLAMITZ Luise Strobel KV WÜRZBURG-LAND Magnus Hain KV AICHACH-FRIEDBERG Wilfried Böhm KV HOF-STADT Hans-Heinrich Oesper KV KITZINGEN Arthur Amrhein KV BAD KISSINGEN Cäcilia Friml

Für 55jährige Mitgliedschaft

KV BAD AIBLING Gertraud Höllerer, Ulrike Mast KV WÜRZBURG-LAND Alwine Büttner, Annelore Schnaus, Franz Gatscher, Helmut Kunz, Hiltrud Semmler, Karlheinz Wiesner KV AICHACH-FRIEDBERG Kurt Jocham, Luise Kreutle, Erika Probst, Dorothea Thoma KV HOF-STADT Ursula Schmiedel, Rudolf Deeg, Peter Mehnert KV WASSERBURG Elisabeth Zuzok, Emil Kaser KV TRAUNSTEIN Reinhold Hartlmaier, Heinz Stamm KV COBURG-LAND Reinhard Ebert, Knut Gramß KV KITZINGEN Walter Hahn, Johannes Meixner, Irmgard Pöhner

Für 50jährige Mitgliedschaft

KV BAD AIBLING Hildegund Finke, Siegfried Güntner, Dieter Kuttig KV SONNEFELD Gunter Born KV FREISING Gertrud Kaindl, Margarethe Kroner, Hans-Jürgen Kroner, Gunther Lettl, Norbert Henner, Johann Keil KV SELB-KIRCHENLAMITZ Gerald Hofer, Dieter Hempel, Elke Laschka

KV WÜRZBURG-LAND Christa Wagner, Heide Klinger, Johanna Gundel, Kurt Vogt, Madlon Göbel, Siegfried Gold, Siegfried Hofmann KV SCHESSLITZ Angela Niederle KV AICHACH-FRIEDBERG Ingeborg Martin, Manfred Martin, Anneliese Mentzer, Jörg Mentzer, Peter Prang KV WASSERBURG Edeltraud Ohlschmid KV HOF-STADT Ulrike Puchta, Inge Haubner, Max Oertel, Klaus Löffler KV TRAUNSTEIN Klaus Uhlig, Irmgard Gebauer, Elisabeth Julinek, Ingrid Hunglinger, Gudrun Raschig-Reininger, Anton Schmid KV COBURG-LAND Dietmar Baumgärtner, Jörn Helbig KV MÜNCHBERG Friederike Fischer KV KITZINGEN Alfred Rückel, Edith Eisenhuth, Dieter Breyer, Holda Rosenow, Gertrud Zippelius, Herwig Schafferhans KV BAD KISSINGEN Irene Kuropatwa, Helga Lipke, Günter Zahn KV HAMMELBURG Friedrun Stöckner, Herbert Pramstaller

Für 40jährige Mitgliedschaft

KV BAD AIBLING Rosemarie Bauernfeind, Karin Becker, Maria Buchberger-Göbl, Angela Ende, Wolfgang Hermann, Anita Lodes, Vera Lubosch-Walbert, Elke Nachbauer, Josef Pangratz, Margot Sterzer, Hannelore Ulrich, Josef Walbert KV FREISING Rita Patzelt, Josefa Städtler, Evi Sachsenhauser, Ernst Berg, Gudrun Haupt, Josef Eschlwech, Hildegard Hadas, Dieter Kucsera, Doris Maisak KV SELB-KIRCHENLAMITZ Hermann Summa, Brigitte Lange, Karl-Heinz Zeitler, Ingrid Hofmann KV WÜRZBURG-LAND Alfred Schäffer, Angelika Höring, Barbara Röhr, Brigitte Reichel, Christine Demel, Christine Guerra-Reyes, Doris Bonfigt, Elisabeth Ackermann, Gerda Rogg, Gertraud Bitsch, Gisela Deininger, Gudrun Farbacher, Heinz Bretz, Heinz Larisch, Heinz Schubert, Irma Grümpel, Josef Karch, Josef Landwehr, Jutta Brand, Luitpold Zottmann, Margot Heilmann, Maria Lenz, Reinhilde Bauernschmitt, Rosamunde Gärtner, Ruth Prokopf, Sigrid Lasmanis KV SCHESSLITZ Hannelore Balling, Irene Hugel, Jürgen Trautmann KV AICHACH-FRIEDBERG Brigitte Dannhäuser-Lehmann, Walter Dufey, Wolfgang Freiding, Roswitha Hibelt, Lothar Klammt, Brigitte Osen-Appel, Edith Politynski, Anton Thalhofer KV WASSERBURG Ingrid Gössl, Otmar Moser, Elisabeth Totzauer, Maria Fertl, Elfriede Garnreiter, Irmgard Rottmoser, Helga Armbruster KV HOF-STADT Christa Tschanett, Gertraud Ruppert, Erika Gade, Elke Steiner-Hein, Kurt Hopf, Harry Köppel, Reiner Frank, Siegfried Müller KV TRAUNSTEIN Ursula Wagner, Gerhard Schoger, Monika Krendlinger, Georg Speicher, Maja Hannss, Marianne Oettl, Gertraud Benkert, Ludwig Bürger, Norbert Maier, Johanna Lechner, Hilde Entthaler, Lydia Siegl, Ingrid Jaksch, Radegundis Horlacher, Heinz Eckel, Wolfram Wirth, Alfred Kunz,

## EHRUNGEN UND GEDENKEN

Christine Wirth, Karin Gietl KV COBURG-LAND Ditmar Jansch, Martin Kohler, Ingrid Konz, Waltraud Langton, Marina Rädlein, Rainhard Sänger, Irmgard Secker KV MÜNCHBERG Monika Dinkel, Herbert Suttner KV KITZINGEN Ilse Gröbl, Maria Geiser, Petra Pototzky, Ulrike Heußner, Stephanie von Bechtolsheim, Brigitte Reichel, Rita Schrauth, Herbert Römmelt, Andreas Hahn, Michael Huckle, Alfred Franz, Bärbel Feser, Christiane Stier KV BAD KISSINGEN Sabine Büchner, Doris Jost, Alfred Rothaug, Christine Triphan KV HAMMELBURG Burkard Erhard, Friedrich Altmeier, Klaus Hassa, Klaus Reinhard

## GEDENKEN

DER BLLV TRAUERT UM TREUE UND VERDIENTE MITGLIEDER. ER WIRD IHNEN EIN EHRENDES GEDENKEN BEWAHREN.

KV INGOLSTADT Ludwig Niedermeier, 88 Jahre, Hermann Siegert, 87 Jahre KV DEGGENDORF Konrad Waas, 79 Jahre KV BAD KISSINGEN Josef Jakob, 88 Jahre KV BAD AIBLING Christine Baur, 88 Jahre, Erich Breu Erich, 84 Jahre, Friederike Neiderhell, 62 Jahre, Rudolf Müller, 64 Jahre, Anton Riel, 78 Jahre, Hermann Veit, 78 Jahre KV WASSERBURG Angela Linner, 81 Jahre KV FREISING Günter Hermann, 78 Jahre, Fritz Staudinger, 68 Jahre, Herbert Feike, 93 Jahre, Christel Wagner, 59 Jahre KV TRAUNSTEIN Otto Ripper, 90 Jahre, Theresia Sinnesbichler, 83 Jahre KV ILLERTISSEN-BABENHAUSEN Adolf Dillinger, 90 Jahre KV SELB-KIRCHENLAMITZ Christine Kirschneck, 90 Jahre, Bernd Heinrich, 72 Jahre KV LANDSHUT Zita Bayer, 95 Jahre KV HOF-STADT Erich Wunschelmeier, 65 Jahre, Erika Schmalfuß, 64 Jahre, Wilma Kilian, 87 Jahre KV COBURG-LAND Klaus Großmann, 85 Jahre, Franz Möckl, 89 Jahre KV KITZINGEN Dieter Heussinger, 75 Jahre, Roland Vetter, 75 Jahre, Peter Erhard, 77 Jahre KV PFAFFENHOFEN Kerstin Pfannerer, 45 Jahre, Edeltraud Habl-Skrivan, 64 Jahre, Erwin Hellingner, 88 Jahre

WEITERE EHRUNGEN UND GEDENKEN FINDEN SIE IN DER NÄCHSTEN AUSGABE.

FLOHKISTE  
für die Jahrgangsstufen  
1 und 2



floh!  
für die Jahrgangsstufen  
3 und 4



floh!  
als Jahrgangsstufe 5



ICH TU WAS!  
die Mitmachzeitung für  
Naturforsch



OKAY!  
für den Englischunterricht  
in der Grundschule



## Unsere **BLLV**-Kinder- und Jugendzeitschriften

Lehrerinnen und Lehrer, die sich für geeigneten Lesestoff für ihre Schülerinnen und Schüler einsetzen – das ist Tradition im BLLV!

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) empfiehlt die vom BLLV herausgegebenen Kinder- und Jugendzeitschriften: [www.leseforum.bayern.de](http://www.leseforum.bayern.de) > Leseförderung > Zeitschriften!

Jeannette Heißler,  
Seminarrektorin  
für Grundschule  
in Nürnberg



Nicole Oksman,  
Vorsitzende  
der ABJ  
Nürnberg



Der neue Lehrplan PLUS bekräftigt es: Lesen ist unbestritten eine der Kernkompetenzen, mit deren Hilfe sich Schulkinder die Welt erschließen. Beim Erwerb der Lesekompetenz müssen wir unsere Schüler im Unterricht unterstützen und anleiten. Dabei leisten FLOHKISTE und floh! einen ganz wichtigen Beitrag.

„Die unterschiedlichen Textformen und -längen in der FLOHKISTE sind eine Einladung an den Leser zum abwechslungsreichen Lesen.“

## „Hier werden wirklich alle Fragen beantwortet!“



Schulleitungen stehen heute einer Vielzahl von aktuellen Herausforderungen gegenüber. Auf viele davon wurden sie während ihrer Ausbildung aber gar nicht vorbereitet. Wir sprachen dazu mit Dr. Siegfried Rose. Der Schulleiter am Friedrich-Koenig-Gymnasium in Würzburg plädiert für eine Premium-Mitgliedschaft im neuen Onlineportal SchulVerwaltung.de.

*Herr Dr. Rose, als Mitglied der Schulleitung sind Sie schulrechtlich und im Schulmanagement sehr gut ausgebildet. Sehen Sie trotzdem Nachholbedarf?*

**Dr. Rose:** Die Wirklichkeit hat meine Ausbildung längst überholt. Als Schulleiter werde ich jeden Tag vor neue Herausforderungen gestellt. Zum Beispiel als Personal- und Krisen-Manager, zu Inklusionsthemen, zur erweiterten Schulleitung, zur eigenverantwortlichen Schule und immer mehr auch in Rechtsfragen. Die Erwartungshaltungen der Schüler und Eltern, des Kollegiums und der Schulaufsicht steigen ständig.

*Sind Sie deshalb Premium-Mitglied auf SchulVerwaltung.de geworden?*

**Dr. Rose:** Ja, denn nirgendwo sonst erhalte ich so aktuell und gebündelt Informationen zu meinen Handlungsfeldern als Schulleiter. Hier habe ich uneingeschränkten Zugriff auf eine

umfassende Online-Datenbank mit mehr als 100.000 Dokumenten. Dabei sind die Inhalte so angelegt, dass ich die Fachinformationen direkt in meine schulische Arbeit einbinden kann.

*Das klingt nach viel Recherche, findet man so schnelle Antworten?*

**Dr. Rose:** Ja, denn Literatur, News und die zahlreichen praxisnahen Arbeitshilfen sind sinnvoll gegliedert – und mit der Suchfunktion erhalte ich schnell und präzise Antworten. Ohne dabei in 20 Büchern zu blättern. Darüber hinaus kann ich bei Fragen, auf die ich nicht direkt eine Antwort finde, jederzeit den Experten-Service mit über 200 Fach- und Praxisexperten nutzen. Eine konkrete Antwort auf meine spezifische Frage erhalte ich dann bereits innerhalb von 48 Stunden, z. B. von Dr. Eckard von Hirschhausen. Bisher konnte ich jede meiner schulischen Fragen schnell und einwandfrei mit SchulVerwaltung.de klären.

*Also macht SchulVerwaltung.de Weiterbildungen überflüssig?*

**Dr. Rose:** So kann man das natürlich nicht sehen. Neben den vom Staat vorgeschriebenen Fortbildungen ist Weiterbildung in der heutigen Zeit auf allen Ebenen zwingend erforderlich. Auf SchulVerwaltung.de habe ich als Premium-Mitglied die Möglichkeit, mich in speziellen Online-Seminaren zu relevanten und aktuellen Themen kostenlos weiterzubilden. Und das schnell und effektiv vom PC aus.

*Also würden Sie die Premium-Mitgliedschaft von SchulVerwaltung.de weiterempfehlen?*

**Dr. Rose:** Unbedingt! Schließlich bietet das Portal seinen Mitgliedern ja auch die Möglichkeit zum fachlichen Austausch unter Kollegen. Als Schulleiter habe ich natürlich größtes Interesse daran, in der Fachcommunity von dem Know-how meiner Kollegen profitieren zu können. ■



### Deutschlands größtes Wissensportal für Schulmanagement

SchulVerwaltung.de bietet Ihnen intelligente Unterstützung bei der Organisation und dem Management Ihrer Schule. Gestalten Sie Ihren Schultag noch effizienter – die zentrale Wissensplattform liefert Ihnen umfassende Lösungen zu allen schulischen Fachfragen. Die vier Portalbereiche im Überblick:



- Die Fachinformationen – Die große Online-Datenbank mit über 100.000 Dokumenten. Jederzeit abrufbar und top-aktuell!
- Der Experten-Service – Über 200 führende Fach- und Praxisexperten beantworten schulische Fragen innerhalb von max. 48 Stunden.

- Die Fachcommunity – Erweitern Sie Ihr Netzwerk, bilden Sie Interessanten Gruppen bei und teilen Sie Informationen mit Kollegen.
- Die Online-Seminare – Erweitern auch Sie online Ihr Fachwissen am Computer per Live-Video-Übertragung – ganz ohne Reisekosten.

Jetzt 4 Wochen Premium-Mitgliedschaft gratis testen: [www.schulverwaltung.de](http://www.schulverwaltung.de)

Die Evangelische Friedrich Oberlin Fachoberschule in München-Pasing mit etwa 365 SchüferInnen und Schülern ist staatlich anerkannt in den Ausbildungsrichtungen Sozialwesen, Wirtschaft und Verwaltung mit F 13. Träger der Schule sind die Evangelische Landeskirche in Bayern und das Augustinum.

Zum 01.09.2015 ist die Stelle des

## stellvertretenden Schulleiters m/w

neu zu besetzen.

Wir suchen eine Führungspersönlichkeit mit der Befähigung zum Lehramt für Gymnasien, die innovativ sowie unternehmerisch zu denken und zu handeln gewohnt ist. Erfahrungen in der Schulverwaltung mit Kenntnissen in den einschlägigen EDV-Programmen (Lehrer-, Schülerdatei, Stunden- und Vertretungsplan) sind erwünscht. Wenn Sie bereit sind, das Profil einer evangelischen Schule mit ausgeprägter Sozialkompetenz und überdurchschnittlicher Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit zu verkörpern, dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Zu den Aufgaben einer stellvertretenden Schulleiterin/eines stellvertretenden Schulleiters an der Friedrich Oberlin Fachoberschule gehören neben der Vertretung und Unterstützung der Schulleitung bei sämtlichen Leitungs- und Verwaltungsaufgaben die Weiterentwicklung der Schule sowie insbesondere die Akquise der Schüler und eine intensive Elternarbeit.

Die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche ist Bedingung. Die Vergütung erfolgt entsprechend den persönlichen Voraussetzungen nach TV-L und staatlichen Eingruppierungsrichtlinien. Staatliche Lehrkräfte können unter Fortzahlung der Leistungen des Dienstverhältnisses beurlaubt werden. Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen und der Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche ist eine Übernahme in das Kirchenbeamtenverhältnis möglich. Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bitte senden Sie Bewerbungen bis zum 31.03.2015 an die

Augustinum Pädagogische Einrichtungen  
Prof. Dr. Markus Rückert  
(Vorsitzender des Stiftungsrats)  
Ratkisstraße 1, 80933 München  
E-Mail: [m.heidler@augustinum.de](mailto:m.heidler@augustinum.de)



**Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €**  
 - Zinsen gemäß dem Sparzinsplan  
 - Umschuldung: Zinsen bis 50% senken  
 - Berufsanfänger: Zinsen bis 120%  
**0800 - 1000 500**  
 Seit über 35 Jahren.

**Deutschlands günstigster Autokredit**  
**3,95%**  
 effektiver Jahreszins  
 (5.000 € bis 50.000 €)  
 (Leistung 40 bis 120 Monate)  
 Repräsentative Beispiel nach § 6a Abs 1 Nr. 1  
 Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fixer Sollzins  
 3,95% p.a. Gesamtkosten 34.526,25 €

[www.Autokreditcenter.de](http://www.Autokreditcenter.de)

**AK FINANZ**  
 Spezialkredit: **2,99%** (ab 10.000 €)  
 Autokredit: **4,4%** (ab 10.000 €)  
 Kfz-Kredit: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Immobilienkredit: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Baufinanzierung: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Dispo: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kassenkredit: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kontokredit: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditlinie: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditkarte: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditrahmen: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditlimit: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditmaximalbetrag: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditmaximaldauer: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditmaximalwert: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditmaximalzeitraum: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditmaximalzeitraum: **4,9%** (ab 10.000 €)  
 Kreditmaximalzeitraum: **4,9%** (ab 10.000 €)

## Panke Sprachreisen - Die bessere Sprachreise

- ✓ **Das bessere Gefühl** – Familienbetrieb mit Wohnorten in Deutschland & Südengland
- ✓ **Das bessere Preis-Leistungs-Verhältnis** – tägliche Ausflüge, qualifizierter Sprachunterricht & Fun mit Best-Price-Garantie
- ✓ **Das bessere Konzept** – Eigene Schulgebäude in Südengland & Malta, eigene Mitarbeiter, eigene Busse, keine Abhängigkeit – seit über 31 Jahren und mehr als 3000 Klassen.
- ✓ **Die bessere Sicherheit** – tägliches Abholen & Zurückbringen von/zur Gastfamilie – Sicherer geht es nicht.

**Jetzt unverbindlich informieren!**  
[www.die-bessere-sprachreise.de](http://www.die-bessere-sprachreise.de)

## Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im DD.

**0800-0404041**  
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren!

**NURNBERGER**  
 für die Bundesagentur für Arbeit  
 Nürnberg, E-Mail: [1a-Beamtendarlehen@nbn.de](mailto:1a-Beamtendarlehen@nbn.de)

**AKUTKLINIK URBACHTAL**  
 REHABILITATIONSKLINIK FÜR PSYCHIATRIE UND PSYCHOTHERAPIE

- Hochfrequente Therapie
- Herzlichkeit und Mitgefühl
- Individualität in familiärem Kreise
- 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus  
 befristet

Burnout  
 Lebenskrisen  
 Depressionen  
 Ängste  
 Chronische Schmerzen  
 Traumafolgestörungen

Die evangelische Schulstiftung Fürth sucht zum Schuljahr 2015/16

### Grundschullehrer/innen und pädagogische Zweitkräfte (Lehrer/in/Erzieher/in)

Sie haben Freude an innovativer pädagogischer Arbeit und Schulentwicklung im kirchlichen Kontext? In Fürth bietet die Luise Leikam Schule – Grundschule der evangelischen Schulstiftung Fürth ein Arbeitsfeld mit vielen Gestaltungsmöglichkeiten. Informationen über die Stellen und Konzeption unter: [www.fuarth-avangalisch.de](http://www.fuarth-avangalisch.de)

Schulleiterin U. Döplermann-Schmidt, Telefon 5072260  
 Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung bis zum 11.3.2015 an die Luise Leikam Schule Fürth, Benno-Mayer-Str. 9-13, 90763 Fürth.

### Internationale Lehrgänge für Montessori-Pädagogik und Montessori-Heilpädagogik

Diese Kurse vermitteln die klassische Montessori-Pädagogik, und zeigen darüber hinaus Wege auf für die inklusive pädagogische Arbeit und gezielte Förderung von Schülern

**einwöchige Grundkurse Beginn: 30.03. / 03.08. / 02.11.2015**  
**berufsbegleitender Jahreslehrgang: 12.09.2015 – 02.08.2016**

Internationale Akademie für Entwicklungs-Rehabilitation  
 Prof. h. c. Dipl.-Päd. J. Dulke, Tel.: (089) 72 46 90 40  
 Fax: (089) 719 36 10, Heiglhoferstr. 63/II, 81377 München  
[www.theodor-hellbruegge-stiftung.de](http://www.theodor-hellbruegge-stiftung.de)

Die nächste Ausgabe  
erscheint am 05.05. 2015

Der Anzeigenschluss  
ist am 11.02. 2015

## impresum

---

**Inhaber und Verleger**  
 BAYERISCHER LEHRER- UND LEHRERINNENVERBAND E.V. Bavariaring 37, 80336 München

**Postanschrift**  
 Postfach 150209, 80042 München  
 Telefon 089 721001-0 II Fax 089 721001-90  
[blv@blv.de](mailto:blv@blv.de), [www.blv.de](http://www.blv.de)

**Redaktionsanschrift**  
 „bayerische schule“ Redaktion  
 Heidwiesen 43 II 97520 Heidenfeld  
 Telefon 09723 9370041 II Fax 09723 9370042  
[redaktion@bayerische-schule.de](mailto:redaktion@bayerische-schule.de)

**Chefredakteur**  
 TOMI NECKOV  
 Heidwiesen 43 II 97520 Heidenfeld  
 Telefon 09723 9370041 II Fax 09723 9370042  
[redaktion@bayerische-schule.de](mailto:redaktion@bayerische-schule.de)  
 Stellvertreter: ANDREAS LIEBALD II Gartenstr. 2  
 97353 Wiesentheid II Telefon 09383 902494

**Art Direction II Layout II Cvd**  
 SONIA HAUPTMANN  
 Bavariaring 37 II 80336 München  
 Telefon 089 721001-820  
[grafik1@blv.de](mailto:grafik1@blv.de)

**Redaktionsleiter**  
 CHRIS BLEHER  
 Alte Bergstr. 455 i II 86899 Landsberg am Lech  
 Telefon 08191 98 54 147 II c.bleher@t-online.de

**Schlussredaktion**  
 REGINA DAX  
 Dax-Data Schreibbüro  
[www.Dax-Data.de](http://www.Dax-Data.de)

**Bildredaktion**  
 FOTOSTUDIO ROEDER  
 Justus-von-Liebig-Ring 11 b  
 82152 Krailling II Telefon 089 8510706  
[foto@janroeder.de](mailto:foto@janroeder.de) (S. 48 Archivfoto/s)  
 außer S. 31 Gisela Schultebrucks priv.,  
 S. 54-58 Renate Jenninger priv.

**Illustration II Cartoon**  
 BERND WIEDEMANN (Bildungsticker)  
[bw@buchillustration.de](mailto:bw@buchillustration.de)  
 DIRK MEISSNER (Cartoon)  
[info@meissner-cartoons.de](mailto:info@meissner-cartoons.de)

**Autorenkürzel**  
 ah Anne Hemmes, bbb Bayerischer Beamtenbund, bs „bayerische schule“, ds Dietmar Schidleja, ff Florian Fischer, wp Wolfgang Prasse

**Anzeigen**  
 A.V.I. ALLGEMEINE VERLAGS- UND INFORMATIONSGESELLSCHAFT MBH  
 Am Ortfelde 100 II 30916 Isernhagen  
 Telefon 0511 779538-0 II Fax 0511 779538-10  
[info@avi-fachmedienservice.de](mailto:info@avi-fachmedienservice.de)

**Druck**  
 ORTMANNTEAM GMBH CROSSMEDIA DRUCK  
 Telefon 08654 4889-0 II Fax 08654 4889-15  
[www.OrtmannTeam.de](http://www.OrtmannTeam.de)

Die „bayerische schule“ erscheint sechs Mal pro Jahr. Sie wird allen BLLV-Mitgliedern geliefert; der Mitgliedsbeitrag enthält den Bezugspreis. Nichtmitglieder können die „bayerische schule“ direkt bei der BLLV Landesgeschäftsstelle (s. oben) bestellen. Der Bezugspreis beträgt für Privatpersonen 50,00 Euro, für Institutionen (gegen Nachweis) 10,00 Euro jährlich; Einzelhefte inkl. Versand 5,00 Euro. Leserschriften senden Sie bitte direkt an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Falls kein Rückporto beiliegt, können sie auch nicht an den Autor zurückgeschickt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion oder des BLLV dar.

MIX  
 Papier aus verantwortungsvoller Holzforstwirtschaft  
 FSC® C019725

# WIR PLANEN UNSEREN KLASSEN AUSFLUG 2015

## FRÜHBÜCHERANGEBOT BIS 20.03.2015\*

ANMELDEN UND NUR

8,- € PRO  
SCHÜLER/IN  
BEZAHLEN!



WORKSHOPS  
UND WISSENSWELTEN  
IM EINTRITTSPREIS  
ENTHALTEN



Die kostenlosen pädagogischen Programme des LEGOLAND®  
Deutschland bieten:

- ✓ Förderung der Kreativität und Teamfähigkeit
- ✓ Selbstgesteuertes Erkunden, Entdecken und Experimentieren
- ✓ Aktive Integration der Kinder in den Workshops
- ✓ Aktives Lernen und Handeln

Ganz einfach online anmelden unter: [LEGOLAND.de/Education](http://LEGOLAND.de/Education)

Besuchen Sie uns kostenlos zur Vorbereitung Ihres Ausflugs!  
Mehr Informationen unter:

Telefon: 0800 66 49 063\*\* / E-Mail: [gruppen@LEGOLAND.de](mailto:gruppen@LEGOLAND.de)

Die Konditionen, Preise und Gültigkeitsdauer des Schülersgruppenpreises beachten auf [LEGOLAND.de/schulen](http://LEGOLAND.de/schulen). Pädagogische Programme nur nach Verfügbarkeit und Verfügbarkeit. Angebot nicht mit anderen Aktionen oder Rabattaktionen kombinierbar. Preise können nur bei vorheriger schriftlicher Zustimmung gewahrt werden. LEGOLAND Deutschland Resort behält sich Änderungen der Preise und Konditionen ausdrücklich vor.  
\*\* Kostenlos aus dem deutschen Festnetz

SAISON 2015: 28. März bis 8. November

  
**LEGOLAND**  
DEUTSCHLAND RESORT

[LEGOLAND.de/schulen](http://LEGOLAND.de/schulen)

LEGO, das LEGO Logo, die Verfügbarkeit des Schülersgruppenpreises, der Minifiguren und der Minifiguren sind Marken der LEGO Group. © 2014, The LEGO Group